

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 4-2012



THEMA SOZIALABBAU UND NEUE ARMUT IN EUROPA

OHNE RETTUNGSSCHIRM

MIT BEITRÄGEN VON MATTHIAS W. BIRKWALD, DIANA GOLZE, PIOTR IKONOWICZ, KATJA KULLMANN, ALEXIS TSIPRAS UND ANDEREN

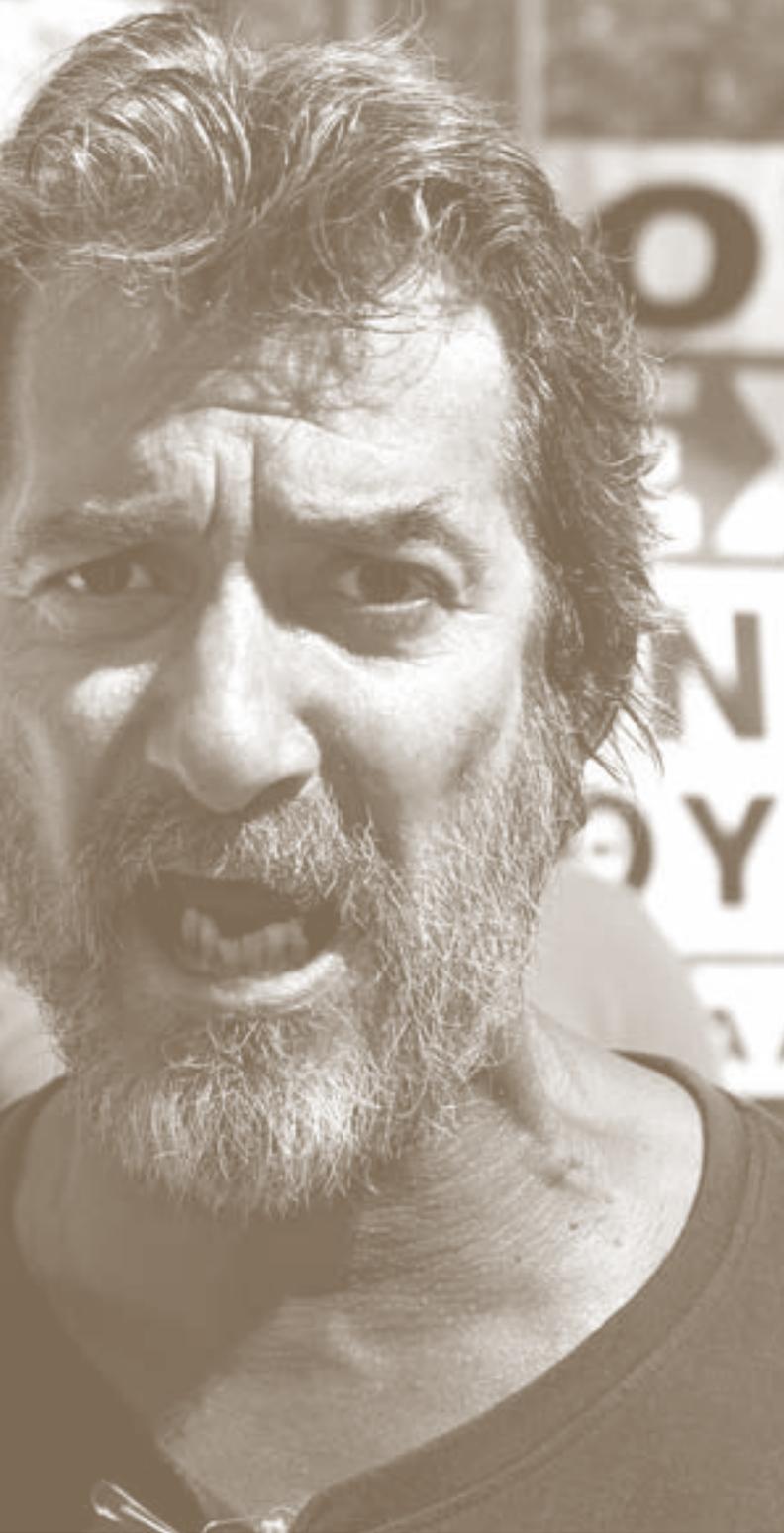
RÜCKBLICK NETZAKTIVISTINNEN TREFFEN SICH IN BERLIN

ANALYSE WARUM OBAMA AM ENDE DOCH DIE NASE VORN HATTE

STUDIENWERK SIEGENER PROMOTIONSKOLLEG ABGESCHLOSSEN

INTERNATIONALES LANGE NACHT DER AUSLANDSBÜROS

Protestierender Metallarbeiter in Athen
Foto: Picture Alliance



IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung — Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Redaktion: Telefon 030 44310-130, journal@rosalux.de · Verantwortlicher Redakteur: Henning Heine (V.i.S.d.P.) · Bildredaktion: Erwin Heil · Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Redaktionsschluss: 25. November 2012 · Titelfoto: «Im Görlitzer Park», Frida Michienzi
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück
Vertrieb: Karin Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de
Printed in Germany, November 2012 · ISSN 1864-6794 <http://journal.rosalux.de>

EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Netzpolitische Konferenz in Berlin	4
Luxemburg Lecture mit Wolfgang Fritz Haug	5
Dekoloniale Perspektive auf die neoliberale Stadt	5
Antifaschistischer Widerstand in Italien	6
Veranstaltungsreihe zum Wandel der Städte in Hannover	7
Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik in Potsdam	7

AUSBLICK

Konferenz in Stuttgart zu neuen Arbeitskampfformen	9
Die Eurokrise aus Sicht der Herrschenden und der Linken	10
Multiple Krise, Staat und linke Politik	10

ANALYSE

Obama Wiederwahl dank Fehler der Republikaner	11
Umtriebe christlicher LebensschützerInnen	12
Aufbruch beim Karl Dietz Verlag Berlin	14

BLICKPUNKT

Griechenland im Würgegriff Europas	15
Film über die verheerenden Folgen der Privatisierung	16
Alexis Tsipras: Mit Luxemburg gegen das Spardiktat	17

THEMA

Matthias W. Birkwald: Altersarmut	18
Katja Kullmann: Kreative Selbstaussbeutung	19
Interview mit Diana Golze über Frauen in Minijobs	20
Piotr Ikonowicz: In Polen steigt die Armut	21
Daniel Rühmkopf: Brandenburger Weg	22
Horst Kahrs: Unten wird ausgeschlossen	23
Anne Allex: Hartz IV heißt Überwachung	23
Lutz Brangsch: Es geht nur öffentlich	24

STUDIENWERK

Promotionskolleg zieht Bilanz	25
ROSALumni vernetzt ehemalige StipendiatInnen	26
Sommerschule mit AktivistInnen aus Ägypten und Tunesien	27

INTERNATIONALES

Einblicke in die Auslandsarbeit der Stiftung	28
Konferenz zu freier Software in Mexiko	30
Recherchetool zur US-Außenpolitik	30
Ein Film und seine Folgen: Salafisten an vorderster Front	31
Entwicklungspolitisches Kolloquium in Hannover	32

STIFTUNG

Vorgestellt: Jenny-Marx-Gesellschaft in Rheinland-Pfalz	33
---	----

LESENSWERT

Basiswissen zum Nahostkonflikt	34
Neuerscheinungen	35



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

dieser Tage endet turnusgemäß die vierjährige Amtszeit des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am 1. Dezember wird das Gremium auf der Mitgliederversammlung neu bestimmt. Einher geht die Wahl mit einem Wechsel an der Vorstandsspitze. Denn Heinz Vietze tritt nach insgesamt sechs Jahren als Vorsitzender nicht wieder an.

Hinter der Stiftung liegt eine rasante Entwicklung, wie die Ausdehnung der internationalen Tätigkeit zeigt. Existierten im Jahr 2006 vier Auslandsbüros, so sind es heute 16. Erst vor wenigen Tagen eröffnete das Büro in New York, eingeweiht vom Vorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag, Gregor Gysi, und von Heinz Vietze. Zur Eröffnung des Verbindungsbüros Athen Anfang Oktober konnten wir unter anderem LINKEN-Chef Bernd Riexinger und den Vorsitzenden des griechischen SYRIZA-Bündnisses, Alexis Tsipras, begrüßen (Seite 15). Weitere Dependancen in der Türkei sowie in Ägypten für den nordafrikanisch-arabischen Raum sind geplant. Auch andere Faktoren belegen, wie stark die Stiftung seit 2006 ihre Arbeit ausbauen konnte: Sie verfügt heute über drei Mal mehr Mittel, fördert 900 Studierende und Promovierende, hat etwa zweieinhalb Mal so viele MitarbeiterInnen. Wir verdanken diese Entwicklung maßgeblich der Entstehung der Partei DIE LINKE und ihren Wahlerfolgen in den Jahren 2005 und 2009, was zu einer Gleichbehandlung mit den anderen politischen Stiftungen führte.

Die MitarbeiterInnen, aber auch die Mitglieder des Trägervereins und der Landesstiftungen, die Aktiven in den Gesprächskreisen, im wissenschaftlichen Beirat und die VertrauensdozentInnen – sie alle tragen zur Vielfalt linken Denkens und linker politischer Bildung als Grundlage gesellschaftsverändernden Handelns bei. Das schlägt sich in mehr als 2.500 Veranstaltungen jährlich in Deutschland

sowie vielen Publikationen nieder. Heute gelingt es zudem besser als noch vor wenigen Jahren, Impulse aus internationalen linken Erfahrungen mit solchen in Deutschland zu verknüpfen. Regionale Arbeitskreise zu Lateinamerika, Afrika, Osteuropa, Türkei, Nordafrika und Asien bringen Kompetenz aus Stiftung, ihrem Umfeld, aus der Partei DIE LINKE und ihren Fraktionen zusammen.

Aufgabe der Stiftung ist es dabei auch, die Generationen und Standpunkte innerhalb einer pluralen Linken zusammenzuführen. Das entspricht dem Verständnis, dass unser Bildungsträger parteinah, aber unabhängig ist, verpflichtet einer über die Partei hinausreichenden demokratisch-sozialistischen «Grundströmung». Ein nicht immer einfaches Unterfangen – denn Unterschiede der linken Traditionslinien und Erfahrungswelten, von Geschlecht und Herkunft, Alter und Organisationshintergrund können konflikträchtig sein. Zu oft bleiben akademische, gewerkschaftliche, Bewegungs- und Parteilinke jeweils noch unter sich. Nicht alles ist in den zurückliegenden Jahren geglückt. Noch gelingt es nur punktuell, eine breite Öffentlichkeit jenseits des linken Spektrums zu erreichen, stehen gute Projekte häufig wenig verbunden nebeneinander, verdichten wir sinnvolle Einzelkonzepte nicht oft genug zu überzeugenden Alternativen zum neoliberalen Marktradikalismus. Wie die meisten vergleichbaren Einrichtungen auch können und müssen wir unsere Arbeit noch stärker den sich rasant ändernden Medien und dem Verhalten ihrer NutzerInnen anpassen – natürlich ohne kritiklos jede Mode und jedem Trend nach zu hecheln. Vor dem neuen Vorstand, den Mitgliedern und StiftungsmitarbeiterInnen liegen eine Reihe von alten und neuen Herausforderungen. Denn genug ist selten genug.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER, FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

STEFAN HEYM Am 10. April 2013 würde der große Schriftsteller und unbeirrbarer Demokrat seinen 100. Geburtstag feiern. Ihm zu Ehren wird es zahlreiche Lesungen, Aufführungen und Konferenzen geben. Heym selbst wollte nie als Ikone behandelt werden. «In Freundlichkeit» sollte die Nachwelt «gelegentlich» seiner gedenken. Stiftung und linke Bundestagsfraktion machen Heym zum Gegenstand der eigenen Arbeit: Gemeinsam eröffnen sie bereits am 9. Dezember das Stefan-Heym-Jahr 2013 mit der szenischen Lesung «Stefan Heym – Einer, der nie schwieg». Die Veranstaltung beginnt um 11 Uhr und findet im Marmorsaal des Palais am Festungsgraben in Berlin-Mitte statt. Es lesen Jakob Augstein, Daniela Dahn, Christoph Hein, Andrea Hanna Hünig, Luc Jochimsen, Thomas Nord, Friedrich Schorlemmer und Franz Sodann. Mehr Informationen finden sich im Weblog zum Heym-Jahr unter <http://stefanheyms.blog.rosalux.de>.



Gregor Gysi auf allen Kanälen: Der Vorsitzende der Linksfraktion eröffnete im September die Konferenz «Netz für alle» in Berlin. Foto: Patrick Stary

ANDREAS THOMSEN

DIGITALE SOLIDARITÄT

STIFTUNG PRÄSENTIERT MEDIENPROJEKTE AUF NETZPOLITIK-KONFERENZ IN BERLIN

Ob Urheberrecht, Liquid Democracy oder Daten-Leaking – netzpolitische Fragen beeinflussen zahlreiche Themenfelder. Sie sind auf das Engste mit Fragen der Teilhabe, der Demokratie, aber auch mit sozialen Fragestellungen verknüpft.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung reagiert auf diese Herausforderungen. Ein breites Spektrum netzpolitischer Themen wurde etwa Mitte September auf der Konferenz «Netz für Alle» (nfa12) diskutiert, die gemeinsam mit der Linksfraktion im Bundestag organisiert wurde. Von der Stiftung angeboten wurde unter anderem das Panel «E-Democracy – Beteiligung für alle oder Spielzeug für neue Eliten?» mit VertreterInnen verschiedener Parteien. Ein weiteres Panel der Stiftung befasste sich mit der Nutzung von offenen Daten. Präsentiert wurden dabei auch zwei Projekte, die von der Stiftung in den Jahren 2011 und 2012 umgesetzt oder gefördert wurden. Andrej Holms Projekt «Gentri-Maps» befasst sich mit der Nutzung von Open Data zur Beschreibung und Analyse von städtischen Aufwertungsprozessen in Berlin. Malte Daniljuk und Jan Ullrich nutzten Daten aus dem Wikileaks-Datensatz, um beispielhaft deren Verwendung in der Analyse internationaler Politik aufzuzeigen.

Herausragend war die Keynote von Felix Stalder von der Zürcher Hochschule der Künste zum Thema «Digitale Solidarität». Stalder beschrieb, wie das Internet durch die dort neu entstandenen kollaborativen und aufs Gemeinwohl orientierten Formen der Produktion zu einem «Labor der sozialen Innovation» geworden sei. Doch die hier gemeinsam hervorgebrachten Werte und eine prinzipiell solidarische digitale Kultur müssten sich gegen verschärfte Versu-

che privater Aneignung behaupten. Wichtige netzpolitische Aufgabe sei es, dieses Labor offenzuhalten, die «digitale Solidarität» zu fördern. Progressive Politik insgesamt könne von den im Netz gemachten Erfahrungen lernen und sie auf andere Bereiche ausweiten: Kann zum Beispiel die verstärkte Nutzung freier Software helfen, eine neue soziale Basis zu schaffen für eine Politik der Solidarität und Partizipation – und so auch zum Einsatz gegen neuerliche Privatisierungsversuche werden? Was würde es zum Beispiel bedeuten, das Publikum als aktive NutzerInnen kultureller Werke aufzufassen, statt als stumme KonsumentInnen – und welche politischen Bedingungen wären dafür nötig? Diese Fragen weisen, so Stalder, weit über den Bildschirmrand der Netzpolitik hinaus.

In der abschließenden Keynote untersuchte der Blogger und Journalist Glyn Moody mögliche zukünftige Entwicklungen in der Diskussion um Urheberrechte und sogenanntes geistiges Eigentum. Sein Beitrag «Before and after ACTA» beschrieb insbesondere die Notwendigkeit der politischen Intervention in diesen Diskussionen und stellte die Frage, ob die Piratenpartei hier eine entscheidende Rolle spielen könne. Unabhängig von der Frage, welche politischen Kräfte zentral sein könnten, betonte Moody die epochale Herausforderung, die die digitale Revolution auch in dieser Hinsicht darstellt. Der Übergang zum digitalen Zeitalter sei, so Moody, eine Zivilisationsaufgabe. Die Panels und Keynotes der nfa12 sind auf dem Blog <http://netzfueralle.blog.rosalux.de/> verfügbar. (Seite 30)

ANDREAS THOMSEN IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

RAINER RILLING

HIGHTECH UND HEGEMONIE

DIE WELT IM UMBRUCH: «LUXEMBURG LECTURE» MIT WOLFGANG FRITZ HAUG

Seit einem halben Jahrzehnt schon gewöhnen wir uns an diese Krise. Ihre schiere Dauer macht sie zu einem historischen Ereignis in der Kapitalismusgeschichte. Die Analyse der Krise stand im Zentrum der «Luxemburg Lecture» Mitte Oktober, die Wolfgang Fritz Haug gab.

In Anlehnung an sein gleichnamiges neues Buch ging es um den «Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise» (Argument Verlag, 2012). Die Arbeiten an dem Buch wurden durch die Regierungszeit Bush motiviert, die den Übergang zu einer «direkten Herrschaft ohne Hegemonie» brachte. Die Krise seit 2007/08 nennt Haug «Groß» – eine Referenz auf die Weltwirtschaftskrise von 1929. Ähnlichkeiten gibt es: Krieg und Kriegsgefahr, Massenarbeitslosigkeit, ein Deutschland, das als Zwischenmacht agiert, labile Zwischenlösungen der ökonomischen Spannungen. Die Krise zu denken erfordert, sich als Subjekt in diese hineinzubegeben, sie als widersprüchlich zu begreifen und zugleich die Präsenz des Historischen im Jetztigen zu verstehen. Die zum Mainstream gewordenen Redeweisen vom Finanzmarktkapitalismus oder der Finanzialisierung des Kapitalismus, welche das Ende des Industriekapitalismus einläuten, auch die Fokussierung auf einen neuartig «kreditbasierten Konsumkapitalismus» und die Explosion des Schuldenstaats greifen nach Haug zu kurz. Sie ließen die grundsätzliche Entwicklungsdialektik

von hochtechnologischen Produktivkräften und transnationalen Produktionsverhältnissen in bemerkenswerter Weise beiseite. Für ihn geht es um den «Hightech-Kapitalismus» und seine Durchsetzung seit den 1970er Jahren. Haug beschreibt folglich eine Periodisierung, bei der der Hightech-Kapitalismus den Fordismus ablöst – nicht der Neoliberalismus oder Finanzmarktkapitalismus. In der gegenwärtigen Krise sieht er eine Umbruch- und Durchsetzungskrise eines hochtechnologischen Kapitalismus. Im Zuge dieses Umbruchs bilde sich eine neue Hegemoniekonstellation heraus: An die Stelle der führenden Nationalstaaten trete ein Imperium des transnationalen Kapitalismus: «Die konkurrierenden Kapitalinteressen werden im Zeichen der Verlagerung der Brennpunkte des Verwertungsprozesses auf den Weltmarkt nur mehr partiell von den Nationalstaaten gebündelt. Quer zu diesen dehnt sich eine Form globaler Herrschaft im Interesse des transnationalen Kapitals aus, die von den Einrichtungen der Weltmarktregulation flankiert ist und als deren bewaffneter Arm zunächst vor allem der US-Militärapparat und die NATO fungierten». Und weiter: «Dieses transversale Herrschaftsgebiet ist es, was wir als Imperium des transnationalen Kapitals beschrieben haben.»

RAINER RILLING IST FELLOW AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NOA HA/KORAY YILMAZ-GÜNAY

KOLONIALE KONTINUITÄTEN

KONGRESS MIT 300 TEILNEHMENDEN BIETET PERSPEKTIVEN AUF NEOLIBERALE STADT

Die Frage, wem «die Stadt gehört», wird nicht nur an Universitäten und in der Kunst gestellt, sondern schon seit Jahren in linken stadtaktivistischen Kontexten. Mit dieser Frage werden Mietsteigerungen und Verdrängung, städtische Sauberkeits- und Sicherheitspolitiken und die Kommodifizierung öffentlicher Räume in den Blick genommen.

Gentrifizierung und «Touristifizierung» sind zu gängigen Begriffen geworden. Im Alltag vieler Menschen zeigen diese Prozesse gravierende Konsequenzen. Selten aber taucht die Frage auf, wer derartiger Stadtpolitik zuerst weichen muss.

Die Konferenz «Decolonize the City! Dekoloniale Perspektiven auf die neoliberale Stadt» Mitte September in Berlin bot einen Raum, in dem die Gleichzeitigkeit und Komplexität von Machtverhältnissen diskutiert werden konnte – auch einen Raum für Perspektiven, die sonst unsichtbar gemacht werden. AktivistInnen, AkademikerInnen und KünstlerInnen aus mehreren Ländern kamen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz zusammen.

Das Themenspektrum reichte von der Militarisierung der Polizei und rassistischer Polizeigewalt in Deutschland über koloniale Kontinuitäten in der städtischen Erinnerungskultur bis hin zu queeren Perspektiven und solchen von People of Color. Besonders erfreulich waren die Anzahl und das Feedback der etwa 300 Teilnehmenden,

die zum Teil weite Wege – auch aus dem nicht-europäischen Ausland – auf sich genommen hatten, um an einer Veranstaltung teilzunehmen, die einer der Redner als «historischen Moment» bezeichnete.

Gleichzeitig handelte es sich um eine wichtige und konstruktive Intervention in die derzeitigen Debatten um «Critical Whiteness», weil eine avancierte rassismuskritische und marxistische Diskussion ermöglicht wurde, die nach neuen Bündnissen in der neoliberalen Stadt suchte. Weltweit verfolgten über 1.000 Menschen den Livestream, der von KRIK TV an allen drei Tagen ehrenamtlich bereitgestellt wurde. Maßgeblich organisiert haben die Tagung Mahdis Azarmandi, Noa Ha, Andrea Meza Torres, Anna Younes und Veronika Zablotsky – fünf Frauen of Color, die selbst aktivistisches und akademisches Engagement zusammenbringen. Neben der Unterstützung durch mehrere Stiftungen, Forschungszentren und wissenschaftliche Institutionen ermöglichten zahlreiche Gruppen aus der Bundesrepublik und den USA sowie viele helfende Hände aus den Communities of Color die Konferenz. Der Programmverlauf und die Vorträge können online unter www.decolonizethecity.de abgerufen werden.

NOA HA PROMOVIIERT AN DER TU BERLIN. KORAY YILMAZ-GÜNAY IST REFERENT FÜR MIGRATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Partisanen in den italienischen Bergen. Foto: Istoreco

THOMAS STANGE

WO DIE RESISTENZA KÄMPFTE

BILDUNGSREISE ZU ORTEN DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDS IN NORDITALIEN

Bildungsurlaub besonderer Art bot die Hamburger Landesstiftung Anfang September: Eine Woche lang war eine Gruppe von Geschichtsinteressierten in Norditalien auf den «Spuren der PartisanInnen» unterwegs.

Die TeilnehmerInnen erkundeten die Lebendigkeit des Widerstands gegen den italienischen Faschismus und die deutsche Wehrmacht. Ziel der Fahrt war zunächst die Stadt Reggio Emilia in der Po-Ebene, nördlich des Apennin-Gebirges. Die Kommune lag im Zweiten Weltkrieg nur wenige Kilometer von der «Gotenlinie» entfernt, die im Winter 1944/45 die Front zwischen den Deutschen und den Alliierten markierte. Begleitet wurde die Gruppe vom unabhängigen «Historischen Institut Istoreco». Nach einer Einführung in die Geschichte der Stadt durch Matthias Durchfeld trafen die Teilnehmenden in der «Bar Ariosto» mit dem früheren Partisanen Francesco Bertacchini zusammen. Er schilderte, wie sich in dieser Bar in den 1940er Jahren eine Trennung zwischen den FaschistInnen und denjenigen vollzog, die die Repression der Herrschenden satt hatten. Der Radiomechaniker Bertacchini ging mit seinem älteren Freund in die Berge und schloss sich dem Widerstand an.

Am darauf folgenden Tag fuhr die Gruppe nach Ligonchio im Apennin. Auf dem Gebiet der damaligen «Freien Republik Montefiorino» widersetzten sich PartisanInnen und Helfer den Faschisten. Giacomo «Willi» Notari, der dem Partisanenverband Associazione Nazionale Partigiani d'Italia (ANPI) in Reggio vorsitzt, betonte, wie wichtig die Solidarität der Zivilbevölkerung im Gebirgsvorland für den bewaffneten Widerstand war. Anschließend begann eine Wande-

rung ins Gebirge, die unter anderem zu einem Denkmal für die Mitglieder der sowjetischen Sabotageeinheit «Cane Azzuro» am Terra-Alta-Staudamm führte. Ansonsten lässt sich keine sichtbare Infrastruktur mehr vorfinden, da die AntifaschistInnen im kahlen Gebirge die Lager ständig wechseln mussten. Tags darauf ging es weiter Richtung Süden nach Castelnovo Monte. Dort berichtete Giacomina Castagnetti vom unerlässlichen Beitrag der Frauen im Widerstand. Sie machte deutlich, dass die Teilnahme an der Resistenza für viele Frauen ausschlaggebend dafür war, sich nach der Befreiung gesellschaftspolitisch zu engagieren. Später stand ein Besuch der Gemeinde Marzabotto auf dem Programm. Dort verübten die Deutschen das schlimmste Massaker an der Zivilbevölkerung in Westeuropa. Auf dem Weg durch die Ruinen der zerstörten Ortschaften erzählte Francesco Pirini von den Morden. Er überlebte nur, da er in einen Wald flüchten konnte.

Die antifaschistische Geschichte in Reggio prägt die Region bis heute. So gibt es kaum ein Gebiet in Italien, in dem Genossenschaften ökonomisch eine derart große Rolle spielen. Auch machte die politische Bewusstseinsbildung während der Zeit im Widerstand aus vielen ehemaligen PartisanInnen langjährig politisch aktive Menschen. Nicht wenige waren nach dem Krieg jahrzehntelang Bürgermeister in ihren Gemeinden. Im Oktober 2013 wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg zusammen mit dem Istoreco-Institut eine weitere antifaschistische Bildungsreise in die Region Reggio Emilia durchführen.

THOMAS STANGE IST STIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BÄRBEL REISSMANN

ZUSAMMENHALT IM VIERTEL

REIHE «URBAN FUTURE(S)» ZUM WANDEL DER STADT UND SOZIALEN KONFLIKTEN

Im städtischen Wandel prallen gesellschaftliche Interessen aufeinander. Konflikte werden greifbar, die eine große Anzahl Menschen direkt in ihrem Alltagsleben betreffen.

Städte sind zugleich Orte von Träumen und Utopien, aber auch von Dystopien. Soll ernst gemacht werden mit dem Anspruch, Verbindungen zwischen den Alltagserfahrungen von Menschen und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen herzustellen, ist die Stadt ein idealer Ort für die Diskussion politischer Konzepte. Stadtpolitische Themen eignen sich in besonderem Maße für die politische Bildungsarbeit.

In Hannover fand diesen Herbst die Veranstaltungsreihe «Urban Future(s) – Stadt im Wandel» statt. Es war bereits die zweite Veranstaltungsreihe zu den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Aspekten der Veränderung des Urbanen, an der sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen dieses Jahr beteiligte. Zuvor gab es schon eine Kooperation bei den Veranstaltungen von «Stadt(teil)Wandel(n!)». In beiden Fällen haben breite und sehr engagierte Bündnisse die Reihen getragen. Sie stießen auf reges Interesse. An städtischen Themen können übergreifende gesellschaftliche Konflikte deutlich werden. Doch welche Konflikte überhaupt in den Fokus rücken und zum Gegenstand der Beschäftigung mit der Stadt werden, ist ebenfalls ein umkämpftes Feld: Liegen die

Probleme vor allem in der sozialen Ungleichheit in den Städten? In den Eigentumsverhältnissen? In der Frage danach, was öffentlicher Raum ist und sein könnte? In repressiven ordnungspolitischen Konzepten? In politischer Machtverteilung und den daraus folgenden städtebaulichen und infrastrukturellen Entscheidungen? Oder in Fragen des Zugangs zu Ressourcen, etwa beim Erdöl? Und welche politischen Handlungsmöglichkeiten werden schließlich positiv herausgestellt?

Privilegierte Gruppen zeigen sich ungemein mobilisierungsfähig, wenn es darum geht, Front gegen unliebsame NachbarInnen zu machen. Die Ressentiments richten sich etwa gegen Flüchtlinge oder TrinkerInnen. Die privilegierten Gruppen sind auch stark beim Durchsetzen ihrer Partikularinteressen, etwa in der Bildungspolitik oder auf dem Wohnungsmarkt. Solidarität ist daher eine Frage, die sich auch im räumlichen Nahumfeld stellt, und Emanzipation und Empowerment sind auch Angelegenheiten des Städtischen. In ihrer Bildungsarbeit versucht die Stiftung daher, Freiräume zu schaffen, in denen Interessen ausgelotet, artikuliert, in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verortet und als Forderungen nach außen getragen werden können.

BÄRBEL REISSMANN LEITET DAS REGIONALBÜRO NIEDERSACHSEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANNOVER

DETLEF NAKATH

SPRUNG UM DREI STUFEN

BOTSCHAFTER LOBT BEI KOLLOQUIUM DIE DEUTSCH-CHINESISCHEN KONSULTATIONEN

Mit den deutsch-chinesischen Beziehungen geht es bergauf. Dieses Fazit zog der chinesische Botschafter Shi Mingde auf einer Veranstaltung in Potsdam, zu der unter anderem die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg eingeladen hatte.

Ende September tagte das 16. Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik unter dem Thema «Deutsch-chinesische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart» in hochkarätiger Besetzung. Dort diskutierten der neue Botschafter der Volksrepublik China, Shi Mingde, mit dem Brandenburger Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) sowie dem stellvertretenden Referatsleiter Ostasien im Auswärtigen Amt, Jan Rudolph, über aktuelle Fragen der deutschen und chinesischen Außenpolitik.

Shi Mingde lobte die im Jahr 2010 vereinbarten regelmäßigen Regierungskonsultationen zwischen China und der Bundesrepublik als «qualitativen Sprung um drei Stufen» in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Noch immer herrsche jedoch, vor allem in den Medien, ein China-Bild aus der Zeit des Kalten Krieges. Wirtschaftsminister Christoffers informierte darüber, wie sich die Kontakte der vorrangig mittelständigen Unternehmen seines Landes zu chinesischen Unternehmen vor allem auf den Gebieten der Energietechnik und Ernährungswirtschaft entwickelt haben. Er schlug zudem vor, in Brandenburger Schulen eine chinesische Woche zu

etablieren, um den Brandenburger SchülerInnen Kenntnisse über Wirtschaft und Kultur des bevölkerungsreichsten Landes der Erde zu vermitteln. Jan Rudolph erläuterte die Prinzipien der deutschen Außenpolitik zu China und hob die konstruktive Rolle hervor, die China in der Euro-Krise spielte. Allerdings seien die Potenziale der bilateralen Zusammenarbeit längst noch nicht ausgeschöpft. Rudolph zeigte sich optimistisch in Bezug auf die weitere Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und der Europäischen Union.

Im Verlauf der Tagung hielten Lian Yu-ru, Professor an der Universität Peking, und Sun Jin Song von der Parteihochschule Peking Vorträge zu den deutsch-chinesischen Beziehungen seit 1972 und zur Rolle der Volksrepublik China in der Weltpolitik. Zur Eröffnung hatte der Chinawissenschaftler Wolfram Adolphs über die 150 Jahre währenden deutsch-chinesischen Beziehungen gesprochen. Diese seien vor allem in der Vergangenheit auch von «traditioneller deutscher Arroganz» geprägt gewesen. Zur Tagung ist eine Publikation erschienen, die bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg bezogen werden kann. Bestellmöglichkeit und weitere Informationen unter www.brandenburg.rosalux.de/news/38755.

DETLEF NAKATH IST GESCHÄFTSFÜHRER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BRANDENBURG

DENKMAL FÜR SINTI UND ROMA

THEMENSPEZIAL «PORAJAMOS» ONLINE

Im Oktober wurde in Berlin das Denkmal zur Erinnerung an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas eingeweiht. Damit ist ein Gedenkort geschaffen, der an die hunderttausendfache Verfolgung von Sinti, Roma, Lalleri, Lovara, Manus und anderer Gruppen erinnert. Die Stiftung hat im Internet ein Themenspezial zur Geschichte des Genozids («Porajmos»), zu Antiziganismus und zur Roma-Politik heute veröffentlicht. Es enthält unter anderem ein Standpunkte-Papier von Wolfgang Wippermann zur verweigerten Wiedergutmachung für Sinti und Roma durch die Bundesrepublik und die Audioaufzeichnung der Lesung «Und dennoch lebe ich» mit Ceija Stojka in Berlin (Bild), die von der Stiftung gefördert wurde. *Fritz Burschel/Koray Yilmaz-Günay*
WWW.ROSALUX.DE/PORAJMOS.HTML



Ceija Stojka konnte selbst bei der Vernissage nicht anwesend sein. Foto: Erwin Heil



ZWEITE KARRIEREN

VORTRAG ÜBER NS-RICHTER IN DER BRD

Die «Wehrmachtrichter in der BRD» waren Ende Oktober das Thema einer Veranstaltung mit dem Politikwissenschaftler Joachim Perels in Tübingen. Der frühere Professor an der Universität Hannover und Mitbegründer der Zeitschrift «Kritische Justiz» hat im vergangenen Jahr zusammen mit Wolfram Wette den Band «Mit reinem Gewissen» im Aufbau-Verlag herausgegeben. Ehemalige Wehrmachtjuristen wie Richard Börker, Hans Filbinger, Ernst Mantel und Erich Schwinge machten in der Bundesrepublik eine zweite Karriere als Richter, Staatsanwälte, Beamte oder Dozenten. Ein Mitschnitt des Abends kann online nachgehört werden. *Alexander Schlager*

WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/46223

SCHILLERNDEN WIRKEN

MÜNZENBERG-TAGUNG IN BERLIN

Seine Biografie spiegelt die Facetten der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts: Vom Wandergesellen und Schulabbrecher ohne formale Bildung fand Willi Münzenberg (1889–1940) in einem sozialdemokratischen Arbeiterverein zur Politik, radikalisierte sich im Widerstand gegen den Ersten Weltkrieg und wurde zum Organisator auf nahezu allen Gebieten, in denen die Weimarer KPD aktiv war: Er gründete die Kommunistische Jugendinternationale und die Internationale Arbeiterhilfe ebenso wie die Liga gegen den Imperialismus. Berühmt wurde Münzenberg jedoch durch ein Medienzweigwerk mit Avantgarde-Publikationen wie der «Arbeiter Illustrierten Zeitung». Konstante seines schillernden Wirkens: Die Idee vom proletarischen Internationalismus, die ihn Ende der 1930er Jahre zum Bruch mit Stalin und der KPD trieb. Was lässt sich an der Biografie Münzenbergs über Transnationalismus und Internationalismus in der kommunistischen Bewegung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aussagen? Nach ersten Tagungen in Zürich (1989) und Aix-en-Provence (1992) tauschten sich darüber Mitte Oktober in Berlin zwei Dutzend ExpertInnen aus sechs Ländern Europas – darunter Frankreich und Finnland – aus. Etwa 50 weitere Gäste beteiligten sich an den Debatten. Ein ausführlicher Bericht und eine Videodokumentation von Beiträgen finden sich online. *Ralf Hoffrogge*

WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/46882

EUROPÄISCHE DIMENSION

BLOCKUPY UNTERSTÜTZT

Mitte Oktober fanden in Frankfurt/Main mehrere Veranstaltungen des Blockupy-Bündnisses statt, die von der Stiftung unterstützt wurden. Die Diskussionen zu «Occupy Democracy», «Vom Spardiktat zur Rückgewinnung des Öffentlichen» und «Wege aus der Krise in Europa» waren mit jeweils 150 bis 300 TeilnehmerInnen gut besucht. Gäste aus Griechenland, Spanien, Italien und Portugal verliehen den Debatten eine europäische Dimension. Anders als bei den Aktionen im Frühjahr berichtete die Presse sachlich und aufgeschlossen. Die Aktionskonferenz war mit mehr als 150 TeilnehmerInnen ebenfalls gut besucht. Neue Proteste wurden verabredet. So unterstützte das Blockupy-Bündnis am 14. November den Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbunds in deutschen Städten, der die Generalstreiks unter anderem in Griechenland, Portugal und Spanien flankierte. Vereinbart ist bereits ein zentraler Aktionstag zum EU-Gipfel am 23. März 2013 in Brüssel. Dem Bündnis gehören unter anderem Attac, DIE LINKE, die Interventionistische Linke, Erwerbsloseninitiativen, Verdi Stuttgart, die GEW sowie die Grüne Jugend an. Hinzu kam das Netzwerk Friedenskooperative. *Thomas Sablowski*

WWW.BLOCKUPY-FRANKFURT.ORG

VERLUST DER SÖHNE

AKTIVISTIN AUS SENEGAL BERICHTET

Über die Lage von westafrikanischen Geflüchteten in Europa und ihren Familien im Herkunftsland hat Yaya Bayam Diouf auf einer Vortragsreise durch die Bundesrepublik berichtet. Die senegalesische Frauenrechtsaktivistin besuchte Ende Oktober die Städte Bonn, Koblenz, Köln, Mülheim und Bochum. Sie berichtete auch über den Verlust ihres Sohnes, der Flüchtlingen mit seinem Boot bei der Reise auf die Kanaren helfen wollte und dabei ertrank – ein Schicksal, das viele Mütter im Senegal trifft. Eine legale Einwanderung von Westafrika nach Europa ist kaum möglich. Jährlich sterben Tausende Menschen bei dem Versuch, auf dem Seeweg nach Europa zu gelangen. Die Vortragsreise wurde organisiert von den Landesstiftungen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Auslandsbüro Westafrika der Stiftung. *Daniela Glagla*

WWW.NRW.ROSALUX.DE



Streik bei Bussen und Bahnen im baden-württembergischen Karlsruhe. Foto: dpa

FANNY ZEISE

FREIFAHRT DANK STREIK

KONFERENZ IN STUTTGART NIMMT NEUE ARBEITSKAMPFFORMEN IN DEN BLICK

Um die Zunahme von Streiks im Dienstleistungsbereich, die wachsende Beteiligung von Frauen und MigrantInnen sowie neue Arbeitskampfstrategien geht es bei einer Konferenz in Stuttgart. Sie findet vom 1. bis 3. März 2013 statt.

Beispiel Halle/Saale: Im Call Center «S-Direkt» wurde fast 120 Tage lang gestreikt. Hinter den freundlichen Stimmen am Telefon verbergen sich gut ausgebildete, aber extrem schlecht bezahlte Menschen. In Halle hatten sie noch nicht einmal einen Tarifvertrag, der ihnen Sicherheit bot. Dafür waren schlechte Arbeitsbedingungen, Mobbing der Betriebsräte und kurzfristig angeordnete Einsatzpläne und Überstunden an der Tagesordnung. Damit ist nun Schluss. Die Beschäftigten streikten für einen Tarifvertrag – und waren erfolgreich. Heute können sie sich nicht mehr vorstellen, sich noch einmal derart mies behandeln zu lassen.

Ein Streik ist das wichtigste gewerkschaftliche Machtmittel. Die Stuttgarter Konferenz, mitveranstaltet von der Gewerkschaft Verdi, wird der Frage nachgehen, wie sich Gewerkschaften und ihre Mitglieder durch Arbeitskämpfe verändern und wie eine aktivierende und demokratische Streikkultur zur Stärkung der Organisationsmacht beitragen kann.

Streikaktive aus unterschiedlichen Gewerkschaften und Branchen werden zu Wort kommen. Auseinandersetzungen wie bei der Vacuumschmelze Hanau, bei Coca-Cola in Kaiserslautern oder dem Klinikum Charité in Berlin werden ebenso analysiert wie große Tarifrunden. Zur Diskussion gestellt wird beispielsweise eine Studie über partizipative Arbeitskämpfe in Tarifeinverständnissen bei

Verdi Stuttgart, in der insbesondere der öffentliche Dienst in den Blick genommen wird.

Ungewöhnliche Streikstrategien werden anhand des Streiks im öffentlichen Personennahverkehr in Stuttgart thematisiert. Nicht die FahrerInnen streikten – sondern die TicketverkäuferInnen. Weil Busse und Bahnen trotz des Streiks fuhren, war der Streik in der Bevölkerung sehr populär; durch die fehlenden Ticketeinnahmen wurden die Verkehrsbetriebe unter enormen Druck gesetzt. Am Beispiel von Krankenhäusern, Behindertenhilfe und Kindertagesstätten wird der Umgang mit den Betroffenen von Streiks thematisiert – wie Patientinnen und Patienten, Eltern und Kindern. Gegenstand der Debatte ist, wie es gelingen kann, eine gesellschaftliche Aufwertung der hauptsächlich von Frauen übernommenen Sorgetätigkeiten zu erkämpfen. Die Streiks im Gebäudereinigerhandwerk, im Einzelhandel, in Call-Centern zeigen, dass die Durchsetzung von Beschäftigteninteressen auch in prekären Bereichen möglich ist. Um Mut zu machen und konkrete Anregungen zu geben, werden diese und andere Kämpfe vorgestellt und diskutiert. Neben dem Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, und dem Geschäftsführer von Verdi Stuttgart, Cuno Hägele, diskutieren auf der Konferenz der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart, Uwe Meinhardt, sowie WissenschaftlerInnen wie Heiner Dribbusch, Catharina Schmalstieg und Richard Detje. Infos und Anmeldung: www.rosalux.de/event/46538.

FANNY ZEISE IST REFERENTIN FÜR ARBEIT, PRODUKTION, GEWERKSCHAFTEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ANTONELLA MUZZUPAPPA/INGO STÜTZLE

MORGENLUFT STATT KRISENMIEF

VERANSTALTUNGSREIHE ZUM EURO LOTET AUCH LINKE ALTERNATIVEN AUS

Mit Grundsatzfragen der europäischen Währung befasst sich die Seminarreihe «Eurovision in der Krise». Sie startet Mitte Januar in Berlin.

Die Referenten Stephan Kaufmann und Ingo Stützle wollen mit den Teilnehmenden zunächst den Zweck des Euro-Projekts klären, danach dessen Widerspruch. Später geht es um zweifelhafte Lösungsansätze der Herrschenden sowie linke Antworten.

SINN DES EURO (22. Januar): «Scheitert der Euro, scheitert Europa!», warnen PolitikerInnen. Dabei gab es Europa und die EU schon vor dem Euro. Hört man die Klagen, so würde eine Rückabwicklung der Währungsunion viele Probleme lösen: Staaten wie Griechenland wären vom deutschen Spardiktat befreit, Deutschland müsste nicht länger den «Zahlmeister Europas» spielen. Es soll geklärt werden, warum die Euro-Staaten ihre Währungen zusammenlegten, was es mit der Konkurrenz zum US-Dollar auf sich hat – und welches Projekt eigentlich scheitert, wenn der Euro scheitert.

WIDERSPRUCH DES EURO (29. Januar): «Der Euro ist eine Fehlkonstruktion», heißt es inzwischen auch. Verwunderlich – wird doch immer wieder sein ökonomischer Erfolg betont. Und die Krise soll allein durch das Fehlverhalten einzelner Staaten ausgelöst worden sein – von «faulen Griechen» oder durch mangelnde Finanzdisziplin in Spanien und Italien. Die Staaten sollen Rechte an europäische Institutionen abtreten. Welches Problem wäre damit gelöst?

ZUSPITZUNG (5. Februar): «Regierungen und Zentralbank werden alles tun, um den Euro zu erhalten», sagt EZB-Präsident Mario Draghi. Was aber ist «alles» – 500 Milliarden Euro für den Rettungsschirm ESM, Anleihekäufe der EZB, Sparprogramme und «Struktur-reformen»? Angesichts des ökonomischen Niedergangs in Griechenland, Portugal und Spanien bleiben die Fragen, wen der ESM «rettet, was EZB-Stützungskäufe stützen – und wer dafür zahlt?

LINKE ANTWORTEN (12. Februar): Für die vermeintliche «Staats-schuldenkrise» sollen vor allem die Lohnabhängigen haften: mittels Sparhaushalten, Renten- und Lohnkürzungen, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Die linke Diskussion über Krise und Wege aus der Krise ist lebendiger denn je. Krisen bedeuten immer auch Risse im Putz – Morgenluft für eine andere Gesellschaft. Welche linken Erklärungen prägen die vergangenen Jahre? Kann ein Euro-Austritt Griechenlands links sein? Helfen Eurobonds oder die Finanztransaktionssteuer? Was bringt ein Schuldenschnitt? Ist eine Zerschlagung von Banken angesagt?

Die Veranstaltungen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung beginnen jeweils um 19 Uhr und finden im Seminarbereich des Bürogebäudes am Franz-Mehring-Platz 1 statt. Mehr Informationen können unter www.rosalux.de abgerufen werden.

ANTONELLA MUZZUPAPPA IST REFERENTIN FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. INGO STÜTZLE IST REDAKTEUR BEI AK – ANALYSE & KRITIK

FLORIAN BECKER

NICHT NUR DIE ÖKONOMIE

SEMINARE IN BERLIN UNTERSUCHEN DIE FACETTEN DER «VIELFACHKRISE»

Jeden Tag bestimmen neue Schlagzeilen über die Krise die mediale Agenda. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass es sich keineswegs ausschließlich um einen ökonomischen Tiefpunkt handelt.

Mit dem Ansatz der «Vielfachkrise» wird betont, dass wir mit einer Konstellation miteinander verschränkter Dynamiken der Ökonomie, der Politik, des Sozialen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – etwa bei Klima, Energie und Ernährung – konfrontiert sind. Das vorherrschende Deutungsmuster als «Staatsschulden»- und «Eurokrise» blendet aus, wie die neoliberale Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 die neue Phase der Krise vorbereitete. Es trägt dazu bei, die verschiedenen Krisenprozesse voneinander zu trennen und den Zusammenhang gesellschaftlicher Dynamiken unsichtbar zu machen.

Facetten des gesellschaftlichen Krisenzusammenhangs in den Blick zu nehmen, ist das Ziel des Seminars «Multiple Krise, Staat und linke Politik». Es bietet die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen gemeinsam mit führenden VertreterInnen kritischer Gesellschaftstheorie und materialistischer Krisenanalyse zu diskutieren. Den Anstoß dafür gaben die Professoren Uli Brand (Universität Wien), Alex

Demirović (Universität Basel) und Bob Jessop (University of Lancaster).

Die Vorschläge für die Seminarthemen reichen von krisentheoretischen Fragen zur «multiplen Krise», über die Analyse sozial-ökologischer Krisenprozesse und der Staatsschuldenkrise bis zur Frage nach den Zusammenhängen von Krise und Lebensweise und den Wahrnehmungen im Alltagsbewusstsein. Bei dem Seminar geht es aber auch um eine Analyse der Kräfteverhältnisse in politischer Absicht: Was verändert sich auf herrschender Seite im Prozess der Krisenbearbeitung, welche Widersprüche entstehen? Ebenso sollen die Entwicklungen sozialer Kämpfe und Bewegungen in den Blick genommen, Ansatzpunkte und Strategien gesellschaftlicher Transformation diskutiert werden. Welche Positionen und Strategien entwickeln linke Bewegungen in der Europäischen Union? Wo liegen Ansatzpunkte und Widersprüche einer sozial-ökologischen Transformation, unter anderem in den Diskussionen um «Postwachstum»? Die Reihe wird am 6. Dezember sowie am 10. Januar fortgesetzt. Anmeldungen unter www.rosalux.de/news/38807.

FLORIAN BECKER IST STIPENDIAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND PROMOVIERT ZUR MULTIPLER KRISE



Unterstützer von Barack Obama in Kenia feiern die Wiederwahl des US-Präsidenten Anfang November. Foto: dpa

STEFANIE EHMSSEN/ALBERT SCHARENBERG

NOCH MAL GUTGEGANGEN

OBAMA VERDANKT SEINEN WAHLSIEG STRATEGISCHEN FEHLERN DER REPUBLIKANER

Der erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten wird für eine zweite Amtsperiode im Weißen Haus residieren: Am 6. November bestätigten die US-BürgerInnen Barack Obama im Amt. Was ist vom neuen alten US-Präsidenten zu erwarten?

Am Ende des Wahltags konnte Obama aufatmen: Er erhielt rund 3,5 Millionen Stimmen mehr als sein wichtigster Gegenkandidat, der Republikaner Mitt Romney, und siegte mit 51 zu 48 Prozent der Stimmen am Ende deutlich. Noch größer war sein Vorsprung im sogenannten Electoral College, dem Wahlmännnergremium: Obamas 332 Stimmen stehen lediglich 206 für Romney gegenüber.

Diese Niederlage wiegt für die Republikanische Partei umso schwerer, als Romney nur zwei Bundesstaaten (Indiana und North Carolina) mehr gewann als der Republikaner John McCain vier Jahre zuvor. Dabei war McCain seinerzeit unter ungleich schwierigeren Verhältnissen angetreten, nämlich als Parteifreund des unbeliebten George W. Bush und angesichts der nach acht Jahren republikanischer Regierung ausbrechenden Finanz- und Wirtschaftskrise.

Demgegenüber schien die Lage für Romney günstig: Die Kongresswahlen im Jahr 2010 hatten die Republikaner haushoch gewonnen, sie hatten die Mehrheit im Repräsentantenhaus erobert und den Vorsprung der Demokraten im Senat deutlich verkleinert. Der Präsident und seine Politik waren an einem Tiefpunkt ihrer Popularität angelangt, das wichtigste innenpolitische Vorhaben, die Gesundheitsreform, so sehr ins Kreuzfeuer der rechtslibertären Tea Party

geraten, dass sich der Präsident und seine Partei kaum mehr getrauten, sie offensiv zu verteidigen.

Vor allem aber war es Obama 2009 zwar gelungen, den freien Fall der US-Wirtschaft durch ein massives Konjunkturprogramm zu stoppen; der zarte Aufschwung geriet allerdings bald ins Stocken und kam ausgerechnet im Wahljahr fast zum Erliegen. Die schwache Konjunktur und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit waren dann auch die wichtigsten Argumente, mit denen Romney den Präsidenten besiegen wollte, getreu dem Clinton'schen Motto, dass letztlich die Wirtschaftslage über den Ausgang von Präsidentschaftswahlen entscheide («It's the economy, stupid»). Dieses Vorhaben ist nun, trotz Obamas Schwäche, krachend gescheitert. Wie erklärt sich die republikanische Niederlage?

Zunächst einmal lässt sich festhalten, dass die Republikaner vier der letzten sechs Präsidentschaftswahlen verloren. Nur in einer (2004) erzielte ihr Kandidat überhaupt eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dieses schwache Abschneiden resultiert ganz wesentlich daraus, dass die Republikaner immer mehr zu einer «Partei des weißen Mannes» geworden sind. Ein Blick auf die Nachwahlbefragungen bestätigt dies. Demnach errang Romney 59 Prozent der Stimmen der Weißen; von den weißen Männern wählten ihn sogar zwei Drittel. Daneben gewann er eine Mehrheit bei den über 40-Jährigen und bei denjenigen mit einem Jahreseinkommen von über 50.000 US-Dollar. In allen anderen Gruppen lag Obama vorn: Für ihn

stimmten 93 Prozent der AfroamerikanerInnen, 71 Prozent der Latinos und Latinas und 73 Prozent der Asian Americans. Auch 55 Prozent der Frauen, 76 Prozent der LGBT-Community (LGBT = Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender), 60 Prozent der unter 30-Jährigen sowie 60 Prozent derjenigen mit einem Jahreseinkommen unter 50.000 US-Dollar wählten den Demokraten.

Ihre eigentliche Dramatik entfalten diese Zahlen vor dem Hintergrund der langfristigen demografischen Entwicklung der USA. Denn die Weißen mögen immer noch die Mehrheit der Bevölkerung stellen, doch ihr Anteil schrumpft rapide, während die Minderheiten wachsen. Die Republikaner aber hatten in ihrem Wahlkampf ganz auf die Stimmen der Weißen gesetzt, mit rassistischen Code-Wörtern ebenso wie mit massiven Versuchen, die schwarze und hispanische Wählerschaft von der Wahl auszuschließen oder abzuhalten. Der Versuch, die Vorherrschaft der Weißen an den Wahlurnen wiederherzustellen, ist nun gescheitert, und die Republikaner müssen sich neu orientieren, wenn sie auf Bundesebene wieder mehrheitsfähig werden wollen.

Dies gilt auch mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse. Dass radikale Abtreibungsgegner – wie Todd Akin und Richard Murdock – die kreuzreaktionären Geschlechterverhältnisse in ihrer Partei offenlegen, wirft die Republikaner bei den WählerInnen ein ums andere Mal massiv zurück. Auch die Dämonisierung der Homo-Ehe ist inzwischen, wie Abstimmungen in vier Bundesstaaten zeigten, kaum noch mehrheitsfähig. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Tea-Party-affinen Kandidaten für den Senat reihenweise unterlagen und einer möglichen Übernahme des Oberhauses durch ihre Partei einen Strich durch die Rechnung machten. Die Frage, wie die innerparteiliche Schlacht um den künftigen Kurs der Republikaner in den nächsten Monaten ausgehen wird, bleibt spannend. Was aber ist von Präsident Obama und den Demokraten zu erwarten?

Grundsätzlich hat sich der institutionelle Handlungsspielraum des Präsidenten nicht wesentlich erweitert. Obama könnte jedoch versuchen, die Schwäche der Republikaner zu nutzen, beispielsweise – wie im Wahlkampf in Aussicht gestellt – für eine Steuererhöhung auf hohe Einkommen.

Allerdings sind auch die Demokraten ihren reichen SpenderInnen im mit sechs Milliarden US-Dollar teuersten Wahlkampf aller Zeiten verpflichtet. Obama wird daher sehr wahrscheinlich verstärkt unter Druck geraten, den Haushalt zu sanieren, sprich: auf einen Austeritätsskurs umzuschwenken. Sollte der Präsident diesem Drängen nachgeben, drohen die Belastungen allen Wahlkampfversprechen zum Trotz noch stärker auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt zu werden. Durch Romneys Niederlage mag das Schlimmste verhindert worden sein. Progressive Reformen sind indes auch von den Demokraten kaum zu erwarten. Nur wenn der durch Occupy Wall Street begonnene außerparlamentarische Protest weitergeht, wird sich wirklich etwas bewegen.

STEFANIE EHMSSEN UND ALBERT SCHARENBERG LEITEN DAS AUSLANDSBÜRO NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN IN NEW YORK CITY

AM 14. NOVEMBER wurde das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York City eröffnet – unter anderem mit einer Rede Gregor Gysis und einem Beitrag der Broadway-SchauspielerIn Kathleen Chalfant (www.rosalux.de/news/38894). Weitere Artikel zur Analyse der US-Wahl finden sich auf www.rosalux-nyc.org. So schreibt James P. Hare über republikanische Vorstöße, Wählergruppen, die den Demokraten zuneigen, die Teilnahme an Wahlen zu erschweren. Und Laura Flanders setzt sich mit dem «Krieg gegen die Frauen» einiger republikanischer Kandidaten auseinander.

CHRISTOPH LAMMERS

ALLES MÖRDER AUSSER MUTTI

CHRISTLICHE LEBENSSCHÜTZERINNEN SIND AUF DEM VORMARSCH

Mit zunehmendem Erfolg setzen christlich-fundamentalistische Kreise Themen auf die politische Agenda, von denen viele Linke annahmen, sie seien seit Jahren passé. Wie einflussreich diese Kreise mittlerweile sind, zeigen die jüngsten Aktivitäten christlicher AbtreibungsgegnerInnen.

Das Recht auf den eigenen Körper gilt in linken Kreisen als nicht verhandelbar. Wie umstritten diese Sicht ist, zeigt die Tatsache, dass immer öfter christliche Kreise die Deutungshoheit über den Körper beanspruchen. Die vor allem aus den Vereinigten Staaten bekannten Auseinandersetzungen zwischen säkular-aufgeklärten und christlich-fundamentalistischen Gruppen häufen sich auch hierzulande. Dass linke Akteure gut daran tun, das Problem ernst zu nehmen, zeigt nicht zuletzt der Berliner «Marsch für das Leben», eine Veranstaltung christlicher «LebensschützerInnen», die einmal im Jahr stattfindet.

Unter der Federführung des Bundesverbandes Lebensrecht, seiner 16 Unterorganisationen, weiterer internationaler Unterstützerorganisationen sowie von KirchenvertreterInnen waren am 22. September 2012 in Berlin rund 3.000 LebensschützerInnen unterwegs –

fast doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Das Motto lautete «Ja zum Leben – Für ein Europa ohne Abtreibungen und Euthanasie». Wie schon im Vorjahr ließen es sich führende UnionspolitikerInnen – unter ihnen der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Hubert Hüppe, die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder – nicht nehmen, das Anliegen mit Grußworten zu unterstützen.

War der «Marsch für das Leben» in den vergangenen Jahren als ein Schweige- und Trauermarsch konzipiert, vollzogen die OrganisatorInnen diesmal einen politischen Strategiewechsel: Sie öffneten ihn zum bürgerlichen Spektrum. Dafür versuchten sie einerseits, dem Marsch ein positives Image zu geben: Familiendemonstration mit vielen bunten Bildern. Andererseits führten sie in der «Berliner Erklärung» die emotional aufgeladenen Debatten um Abtreibung, Präimplantationsdiagnostik (PID) und Sterbehilfe zusammen. Das Motto: Jedes Kind, behindert oder nicht, ist Teil der Gesellschaft, und jede Abtreibung ist behinderten- und kinderfeindlich. Hinter dieser bürgerlichen Fassade verbirgt sich jedoch ein frauen- und menschenfeindliches Weltbild. Es geht den LebensschützerInnen



Christliche Fundamentalisten auf der Demonstration «Marsch für das Leben» in Berlin im September. Foto: Christoph Lammers

nicht um den Respekt vor Menschen mit Behinderung oder um ein besseres Verständnis für Menschen in Notsituationen, sondern um die Durchsetzung ihres christlich-konservativen Wertesystems, in welchem niemand Platz hat, der/die über seinen/ihren Körper selbst entscheiden will. Im Hinblick auf die Abtreibungsdebatte brachte dies die ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Claudia Kaminsky, auf der Demonstration zum Ausdruck, als sie betonte, dass der Schoß der Mütter «zur Mördergrube» würde und «Euthanasie durch Europa» schwappe.

LebensschützerInnen demonstrieren nicht nur jedes Jahr in Berlin und anderen europäischen Städten. Sie nutzen darüber hinaus auch andere Formen des Protestes. Anfang Oktober startete die Lebensschutzszene eine breit angelegte Medienkampagne gegen die Supermarktkette Edeka. In rund 90 Läden bot Edeka seinen KundInnen an, ihre Pfandbons für die sexualpädagogische Beratungsstelle Pro Familia zu spenden. Aus Sicht der LebensschützerInnen ist dies nicht akzeptabel, da Pro Familia Frauen Beratungsscheine ausstellt. Diese Beratungsscheine müssen Frauen vorweisen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen. Der Protest hatte Erfolg. So teilte der Edeka-Kundenservice für Nordbayern, Sachsen und Thüringen mit: «Selbstverständlich nehmen wir ihre Kritik sehr ernst und empfehlen unseren Kaufleuten, die Spendenaktion zu überprüfen».

Bereits im Sommer 2010 war der katholische Verein durchblick e. V. aktiv geworden und hatte im Saarland 300.000 Plastikembryos an die Haushalte verschickt. Trotz Protesten von linken Organisationen und Gewerkschaften äußerte sich die damalige Familienministerin und heutige saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU): «In einer Gesellschaft läuft einiges schief, wenn sich die Öffentlichkeit nicht mit 1.278 Abtreibungen allein im Saar-

land beschäftigt, sondern über eine Kampagne zum Thema aufregt.» Neben den öffentlichkeitswirksamen Protesten versuchen die Lebensschutzorganisationen, vor allem auf Frauen emotionalen Druck auszuüben, indem sie vor Arztpraxen mit Bibeln und Bildern sogenannte Gehsteigberatung betreiben. Trotz gerichtlicher Verbote für solche «Beratungen» bleibt die Situation prekär. In München einigten sich das Kreisverwaltungsreferat und eine Lebensschutzorganisation außergerichtlich darauf, dass «Frauen künftig von den «Gehsteigberatern» nicht weiter behelligt werden dürfen, wenn sie kein Interesse an einer «Beratung» haben.» Das Gericht stellte das Verfahren daraufhin ein. Es ließen sich noch zahlreiche andere Beispiele anbringen, die den wachsenden Einfluss christlich-fundamentalistischer Organisationen dokumentieren, etwa die kurzzeitige Kooperation zwischen der Lebensschutzorganisation Pro Life und der Wiesbadener Betriebskrankenkasse für Industrie, Handel und Versicherungen (BKK IHV), bei der die Versicherten verpflichtet wurden auf Abtreibungen zu verzichten.

Die Frage, wieso der Einfluss der christlich-fundamentalistischen Szene wächst, ist nicht leicht zu beantworten. Tatsache ist, dass es die Bewegung in kürzester Zeit geschafft hat, den Mitgliederschwund der Kirchen zu nutzen, um sich sowohl innerhalb dieser als auch allgemein auf dem Religionsmarkt zu positionieren. Was die beiden Kirchen betrifft, ist offensichtlich, dass die Öffnung nach rechts kein Betriebsunfall, sondern Strategie ist. Die Kirchen hoffen, so ihren gesellschaftlichen Einfluss erhalten zu können. Leider gelangen immer mehr Menschen zu dem Urteil, dass der christliche Fundamentalismus eine legitime Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen darstellt. Dem gilt es sich entgegenzustellen.

CHRISTOPH LAMMERS IST REFERENT IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JÖRN SCHÜTRUMPF

MEW STATT SED

DER DIETZ VERLAG REKONSTRUIERT TRADITIONEN DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS

Der Bruch der PDS mit dem Stalinismus als System und die Berufung auf einen demokratischen Sozialismus wirkten in den ersten Jahren nach 1989 oft etwas bemüht, um nicht zu sagen wie ein Lippenbekenntnis. Für den Karl Dietz Verlag Berlin wurde der Bezug auf einen demokratischen Sozialismus zum Ausweg aus einer stalinistischen Vergangenheit und zur Grundlage für die weitere Existenz.

Doch nicht alle Hoffnungen erfüllten sich. Der Versuch, den ehemaligen SED-Verlag in einen Sachbuchverlag für aktuelle und strategische Analysen umzubauen, misslang. Bis auf Dieter Kleins wichtige Arbeiten kamen nur Sammelbände, z. T. nur Sammelbändchen zustande. In den vergangenen Jahren ist deshalb die Erschließung des historischen Erbes in den Mittelpunkt gerückt. Das muss kein Manko sein. Denn soll die Berufung auf einen demokratischen Sozialismus mehr sein als hohle Deklamation, ist – nicht zuletzt – die Frage nach den Quellen zu beantworten. Dass dieser Ansatz in den nächsten Jahren das Programm des Verlages bestimmen kann, ermöglichen zwei Momente: zum einen der Wille des Eigentümers und Auftraggebers des Verlages, zum anderen die vorhandenen und dem Verlag verbundenen Forscherpersönlichkeiten, ohne die jede Planung die Speicherkapazität nicht wert ist, auf der sie festgehalten wird.

Drei große Problemkreise bearbeitet der Verlag. Erstens: Das wertvollste Kapital, das dem Verlag aus seinem «ersten Leben» geblieben ist, sind das «Kapital» von Karl Marx und die Marx-Engels-Werkausgabe (MEW). Sie bilden das Herzstück des Verlagsprogramms – ohne Marx kein demokratischer Sozialismus. Unterdessen wurde das «Kapital» mit einer Supplement-CD auf den aktuellen Forschungsstand gebracht, an der Aktualisierung der MEW wird fortlaufend gearbeitet: Erneuert wurden bisher die Bände 1, 8, 41. Band 40 – das Frühwerk von Marx – ist soeben erschienen. Band 13 erscheint 2013, Band 44 als komplett neuer Band 2014. Über die Fortsetzung der MEW mit einem Band 45 wird im Moment debattiert. All diese Arbeiten hängen an einer Person: Rolf Hecker. Zunehmend gewinnen auch Arbeiten über das Umfeld von Karl Marx an Gewicht. Als nächstes erscheint die zweibändige Jenny-Marx-Ausgabe. Sie beinhaltet eine Biographie von Angelika Limroth und eine Sammlung aller Briefe von und an Jenny Marx. Außerdem bereitet Manfred Neuhaus die zweibändige Wilhelm-Weitling-Biographie von Waltraut Seidel-Höppner, eine Maßstab setzende Arbeit, zum Druck vor.

Zweitens: Nicht minder fordernd sind die Ansprüche, denen wir bei der Erschließung des Werkes der Namenspatronin der Stiftung gegenüberstehen. Von ihrem deutschsprachigen Werk stehen noch zwei Ergänzungsbände aus – die Nestorin der Rosa-Luxemburg-Forschung, Annelies Laschitzka, hat zusammen mit Eckhard Müller die Arbeiten so weit vorangetrieben, dass das Erscheinen dieser beiden Bände gesichert ist. Ebenso steht es um die Aufarbeitung des polnischsprachigen Werkes, die Holger Politt betreibt. Gerade hat er mit «Nationalitätenfrage und Autonomie» eine zentrale, bisher weitgehend unbekanntes Schrift von Rosa Luxemburg vorgelegt. 2013 erscheinen ökonomische Schriften Rosa Luxemburgs,

die Michael Krätke herausgibt. Immens sind die Desiderata bei der Erforschung des Umfeldes von Rosa Luxemburg. Das ist kein Wunder, denn beim Lenin- und Bolschewiki-kritischen Werk von Rosa Luxemburg und ihren AnhängerInnen handelt es sich um die zentrale Quelle des demokratischen Sozialismus. Die entsprechenden Spuren wurden vor allem in den 1920er und 1930er Jahren von der leninistischen Bürokratie, aber auch von der Sozialdemokratie erfolgreich verwischt. Hier stehen wir größten Herausforderungen gegenüber. Soeben erschienen sind Angelica Balabanoffs Erinnerungen an Lenin, ein Schlüsseldokument. In Vorbereitung sind der Ehebrieffwechsel von Käthe und Hermann Duncker (zwei Bände plus CD), den Ruth und Heinz Deutschland herausgeben, sowie eine Paul-Levi-Ausgabe (ebenfalls zwei Bände plus CD).

Drittens: Der Bruch mit dem Stalinismus ist nur dann ernst zu nehmen, wenn er mit entsprechenden Forschungen und Darstellungen untersetzt wird. In den nächsten Jahren werden uns folgende Punkte beschäftigen: a) Nicht alle Linken, die in der Vergangenheit versucht haben, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (Marx), zielten auf eine Minderheitendiktatur mit Gesinnungsterror und anderen sozialismusverratenden Folgen. Im März 2013 veröffentlicht Florence Hervé ihre Einführungsschrift zur Vorkämpferin eines feministischen Sozialismus, Flora Tristan. Und aus dem Nachlass von Wolfgang Schröder ist eine Wilhelm-Liebkecht-Biographie im Druck. b) Dem Übergangsfeld vom Sozialismus Marx'scher Prägung zu einer leninistischen «Partei neuen Typus», ohne die eine Stalinisierung unmöglich gewesen wäre, widmen wir einerseits biographische Arbeiten, so von Florian Wilde zum zweiten KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer und von Ullrich Weitz zu Eduard Fuchs, dem «Mann im Schatten» (Lenin). Andererseits erscheint in Kürze – nach Jürgen Mothes' Arbeit über die Komintern und Lateinamerika – Sobhanlal Datta Guptas in der englischsprachigen Welt erfolgreiche Monographie über die Komintern und Indien, ein nicht minder bitteres Kapitel der Geschichte der Linken. c) Die Behandlung des «Stalinismus an der Macht» setzen wir mit der Dokumentensammlung zum verhängnisvollen Wirken der Sowjetunion und ihres «Armes», der Komintern, im Spanischen Bürgerkrieg fort. Demokratischer Sozialismus ohne Phrase bleibt damit auch in den nächsten Jahren der programmatische Ansatz von Dietz Berlin.

**JÖRN SCHÜTRUMPF IST HISTORIKER UND GESCHÄFTSFÜHRER
DES KARL DIETZ VERLAGS BERLIN**

KOOPERATIONEN Neben dem Karl Dietz Verlag erscheinen die Bücher der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch bei anderen Verlagen. Bereits seit Juni 2009 kommt die Reihe «Crashkurs Kommune» im Hamburger VSA-Verlag heraus, die in Zusammenarbeit mit der Kommunalakademie der Stiftung entwickelt wurde. Alleine in diesem Jahr sind drei weitere Publikationen bei VSA erschienen – zu den Themen Grundeinkommen, 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie politische Streiks. Siehe auch Seite 35.



Am 9. Oktober eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Vertretung in Athen – am Tag des Besuchs von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) in Griechenland. Beim abendlichen Festakt mit 200 Gästen sprachen unter anderem der LINKE-Vorsitzende Bernd Riexinger und Alexis Tsipras, Vorsitzender des griechischen Linksbündnisses SYRIZA. Sie hatten auch gemeinsam an der Großdemonstration zehntausender Menschen gegen den Merkel-Besuch teilgenommen. Die Stiftung werde «auf Augenhöhe mit Partnern in der Zivilge-

sellschaft, den Gewerkschaften, anderen Stiftungen und Parteien die Zusammenarbeit einer breiten pluralen Linken weltweit fördern», so das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Stiftung, Florian Weis. Eine soziale Gegenöffentlichkeit zu schaffen und politische Alternativen zu befördern werde eine Aufgabe vor Ort sein. Ioanna Meitani, Projektmanagerin des Büros, nannte das bedrohliche Erstarken neofaschistischer Kräfte infolge der Krise als wichtiges Thema der künftigen Arbeit. (Seite 17) *Jannine Menger-Hamilton*

Foto: Arts

MARC WALENTA

VERHEERENDE FOLGEN

DIE EUROPÄISCHE POLITIK HAT DIE PROBLEME IN GRIECHENLAND VERSCHÄRFT

Die Folgen der Sparpolitik in Griechenland sind verheerend. Die Bevölkerung verarmt, das politische System verliert dramatisch an Zustimmung. Die europäischen «Hilfsmaßnahmen» haben die Probleme noch verschärft.

Dabei änderte sich im Oktober die Stimmung grundlegend. Schien vielen BeobachterInnen der «Grexit» – also der Austritt Griechenlands aus der Eurozone – vor nicht allzu langer Zeit schon fast beschlossene Sache, so sprechen sich die Geldgeber inzwischen für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion aus. Der Euro erlebte eine kräftige Aufwertung gegenüber Dollar und Yen – ein deutliches Zeichen dafür, dass auch die WährungsspekulantInnen davon überzeugt sind, dass die Eurozone erhalten bleibt.

Woher kommt der Stimmungsumschwung? Gute Nachrichten aus Griechenland gibt es nach wie vor nicht. Die Reformen gehen nur schleppend, zum Teil gar nicht voran. Gerade hat das Land zwei weitere Jahre Zeit zur Konsolidierung des Haushalts bekommen. Doch niemand weiß, woher das Wunder kommen soll: eine Sanierung Griechenlands bis 2014. Das Zeit-Zugeständnis ist eine politische Entscheidung. Es scheint, als seien die wichtigsten Regierungschefs in der EU zu der Überzeugung gekommen, dass es keine Alternative zur Rettung Griechenlands und somit des Euro gibt.

Fakt ist: Griechenland benötigt Hilfe und zwar richtig, umfassend

und nachhaltig. Die Krisendebatte ist wieder an dem Punkt angekommen, an dem sie vor drei Jahren begann: bei der Staatsverschuldung. Der griechische Staatshaushalt weist nach wie vor ein hohes strukturelles jährliches Defizit auf, das Land gibt deutlich mehr aus als es einnimmt. Das ist kein Wunder, denn seit Beginn der Rezession im Jahr 2008 hat Griechenland mehr als 20 Prozent seiner Wirtschaftskraft verloren. Ende 2012 werden die Staatsschulden rund 165 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichen – so viel, wie vor dem Schuldenschnitt im Frühjahr 2012. Laut Ratingagentur Fitch wird die Schuldenquote auf voraussichtlich mehr als 180 Prozent im Jahr 2014 steigen.

Die Strategie der Hilfskredite und der Austeritätspolitik mit ihren Sparpaketen, die vor allem die deutsche Bundesregierung durchgedrückt hat, ist gescheitert – zumindest wenn man glaubte, damit die griechische Volkswirtschaft zu sanieren. Die durch die Troika verordnete Schuldenbremse stranguliert jede Wachstumsinitiative. Zudem fehlt eine sozialökologische Perspektive. Die Sparmaßnahmen zeigen schon jetzt verheerende Konsequenzen. Allein den Einschnitten vom Februar 2012 fallen 150.000 Stellen im öffentlichen Sektor zum Opfer. Löhne und Renten schrumpfen dramatisch. Seit 2009 sind die gesamten Lohn- und Gehaltskosten in Griechenland um 25 Prozent gesunken, und in diesem Jahr werden sie noch ein-

Langfassung
des Interviews und
Film-Link unter
[www.rosalux.de/
documentation/
46755](http://www.rosalux.de/documentation/46755)

«ZERFALL DER GESELLSCHAFT»

DER FILM «CATASTROIKA» UNTERSUCHT
DIE FOLGEN DER PRIVATISIERUNG

Aris Chatzistephanou und Katerina Kitidi haben nach «Debtocracy» ihren zweiten Dokumentarfilm «Catastroika» realisiert. Darin geht es um die Privatisierungen in Griechenland und ihre verheerenden Folgen. Aris Chatzistephanou stellte den Film im Herbst bei mehreren Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie in Berlin vor.

Wenn man deinen Film «Catastroika» sieht, könnte man fast denken, man hätte es mit einem Beitrag zur politischen Bildungsarbeit zu tun.

Chatzistephanou: In beiden Filmen, «Debtocracy» und «Catastroika», weisen wir die Argumente zurück, die wir seit Jahren von der Regierung und den herrschenden Medien zu hören bekommen. Die junge Generation heute hat von klein auf gehört, dass der öffentliche Sektor etwas Böses ist, während der private Sektor alles besser macht. Privatisierungen sind kein neues Phänomen. Neu ist, dass sie nach einem Angriff auf die Demokratie durchgesetzt werden.

Ihr vertretet die These, dass Privatisierungen eher für autoritäre Regime typisch sind.

Chatzistephanou: Die Massenprivatisierungen der Chicagoer Schule wurden tatsächlich zuerst in Diktaturen erprobt, etwa in Pinochets Chile. Ab den 1980er Jahren gibt es Massenprivatisierungen auch in Europa. Auch sie beinhalteten Gewalt, zum Beispiel die Angriffe auf die streikenden Bergarbeiter in Großbritannien unter Thatcher. Trotzdem können die Leute alle vier Jahre wählen gehen. Aber die Unterschiede zwischen Reich und Arm wachsen, und die Rechte der Beschäftigten werden attackiert.

Wie schätzt du die politische Situation in Griechenland ein?

Chatzistephanou: Die Situation in Griechenland ist leider genauso tragisch, wie wir sie seit zwei Jahren vorhergesagt haben. Wir wussten damals schon, dass eine strikte Austeritätspolitik dazu führen würde, dass die Gesellschaft auseinanderfällt. Trotz der Sparmaßnahmen sind die Staatsschulden nicht gesunken, sondern gewachsen. Zugleich hat es einen Angriff auf Arbeiterrechte gegeben, die im 20. Jahrhundert errungen wurden, so dass wir uns wieder im 19. Jahrhundert befinden. Und wir haben nun mit einer Neonaziorganisation zu tun, die im Parlament vertreten ist.

Welche Rolle spielen die Linken in dieser Lage?

Chatzistephanou: Walter Benjamin meinte, dass sich hinter jedem Faschismus eine verlorene Revolution verbirgt. Auch wir als Linke müssen uns daher fragen, was wir getan haben, dass die Situation so dermaßen entgleist ist.

FRAGEN: VALERIA BRUSCHI



Aris Chatzistephanou
Foto: Patrick Stary

mal um mehr als sieben Prozent sinken. Der Mindestlohn wurde um etwa ein Drittel auf 490 Euro im Monat gekürzt. Auch die Binnen- nachfrage ging zurück, allein zwischen 2009 und 2011 um 16,4 Prozent. Das hatte Pleiten insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen zur Folge.

Zugleich sind grundlegende soziale und gewerkschaftliche Rechte verloren gegangen. Tarifverträge wurden abgeschafft oder eingeschränkt, freie Tarifverhandlungen verhindert, Gehälter unterhalb des Mindestlohns gesetzlich zugelassen, Abfindungszahlungen sowie Kündigungsschutzfristen gekürzt. Ein Teil der Strukturanpassungsmaßnahmen zielt direkt darauf ab, die Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Kapitaleseite zu verschieben und die Lohnquote zu senken. Aus Protest dagegen gehen immer wieder Hunderttausende GriechInnen auf die Straße. Das politische System hat massiv an Legitimität verloren. Die Krise trifft dabei ganz besonders die MigrantInnen. Das Land ist seit längerem Anlaufpunkt für MigrantInnen vor allem aus Asien und Afrika. In den vergangenen zehn Jahren haben mehr als eine Million Menschen in Griechenland Zuflucht gesucht. In den letzten Monaten ist es in ganz Griechenland zu einer Welle rassistischer Übergriffe gekommen.

Ein Ausweg aus der Krise ist nicht in Sicht. Bisher wurden fast 150 Milliarden Euro ausgezahlt. Versprochen sind 240 Milliarden. Bewirkt hat dies nicht viel, außer dass sich die Hauptgläubiger, insbesondere die deutschen und französischen Banken, ihrer «giftigen» griechischen Staatsschuldenpapiere entledigen konnten. Denn von den Geldern, die ja angeblich den GriechInnen helfen sollen, kommt nur ein kleiner Teil an. Rund 70 Prozent der Hilfskredite wird zu Finanzierung der Zinsen und zur Tilgung fälliger Kredite genutzt. Durch immer mehr Hilfgelder wachsen die Verbindlichkeiten des Landes immer weiter – ein Grundproblem der als Rettungsschirm bezeichneten Notkredite und Notbürgschaften.

Der erste Schuldenschnitt vom März 2012 hat gezeigt, wie es nicht geht. Die erhoffte Erleichterung – die Staatsschulden sollten auf 107 Milliarden Euro sinken – trat nicht ein. Viele Fachleute plädieren nun für einen zweiten Schuldenschnitt. Der erste Schnitt traf die privaten Gläubiger wie Banken, Versicherungen, InvestorInnen und KleinanlegerInnen. Sie mussten auf 53,3 Prozent ihrer Forderungen verzichten. Nun würde es vor allem die öffentlichen Gläubiger – und damit die SteuerzahlerInnen – treffen, deren Forderungen sich auf 230 Milliarden Euro und somit 75 Prozent der griechischen Staatsschulden belaufen. Ein echter Schuldenschnitt wäre notwendig – aber nicht hinreichend, um die Probleme zu lösen. Denn selbst wenn Griechenland vollkommen schuldenfrei wäre, wäre das politische System immer noch delegitimiert, der Rassismus in der Gesellschaft bliebe bestehen, und auch die griechische Wirtschaft wäre dem EU-Binnenmarkt weiterhin schutzlos ausgeliefert. Die eigentliche Herausforderung bliebe ungelöst: der Aufbau einer selbsttragenden Ökonomie für die Zukunft. Die deutsche Bundesregierung ist eine zentrale Akteurin der europäischen Austeritätspolitik, die das Land immer tiefer in die Krise treibt. Angesichts der lebendigen Erinnerung an die deutsche Besatzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg, angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus in Griechenland ruft die aktuelle politische Rolle Deutschlands heftige Reaktionen hervor. Mitunter verwischt die Grenze zwischen scharfer Kritik an der falschen und menschenverachtenden europäischen Politik gegenüber Griechenland und antideutschen und antieuropäischen Resentiments, die sich teilweise mit unsäglichen nationalistischen und rechten Einstellungen vermengen. Viel hängt von der Haltung der

Linken ab und von der Frage, ob eine solidarische Perspektive sichtbar wird. Das griechische SYRIZA-Bündnis ist in seiner Haltung klar antikapitalistisch und proeuropäisch. Beeindruckend war der Protest der beiden Parteichefs Alexis Tsipras (SYRIZA) und Bernd Rieinger (DIE LINKE) gemeinsam mit Zehntausenden Anfang Oktober auf dem Athener Syntagma-Platz: Da ging es nicht gegen Deutsch-

land und die Deutschen und nicht gegen Europa und die EuropäerInnen, sondern gegen die Interessen des Kapitals, der Großbanken und Großunternehmen und um die Vertretung der Interessen derjenigen, die darunter zu leiden haben.

MARC WALENTA IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IM BÜRO BRÜSEL DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ALEXIS TSIPRAS

KAMPF DER WELTEN

MIT LUXEMBURGS HUMANISMUS GEGEN DAS NEOLIBERALE DIKTAT

Frau Merkel hat nicht auf Thomas Manns prophetische Mahnung gehört. Der große deutsche Schriftsteller gab 1953 der Jugend seines Landes den Rat, sich «nicht für ein deutsches Europa, sondern für ein europäisches Deutschland» zu engagieren.

Frau Merkel hat dieses Wort umgedreht. Sie baut am deutschen Europa – zulasten Europas und des europäischen Deutschland. Im Sommer drohte sie unverblümt dem griechischen Volk mit dem Staatsbankrott, falls seine freie und demokratische Wahl der SYRIZA sein sollte. Heute ist jedem klar, dass ihr Plan für Europa vor dem Bankrott steht, die unmenschliche und ausweglose Sparpolitik, die seit fünf Jahren das griechische Volk beutelt. Es hat vor sich den schwierigsten Winter nach dem Krieg: Die Arbeitslosigkeit liegt bei rund 33 Prozent, die Armut verbreitet, die humanitäre Krise vertieft sich. Sollten die geplanten Sparmaßnahmen ab 2013 in Höhe von 13,5 Milliarden Euro umgesetzt werden, wird Griechenland noch tiefer in die Rezession abgleiten und Europa noch mehr destabilisiert. Zwei Welten stehen sich heute gegenüber: Die Welt der Austerität und der Rezession und die Welt des sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Wachstums. Die Welt der Banker und der Bankenherrschaft der Welt der Bürger und der Demokratie. Die Welt von Frau Merkel und der Herren Samaras, Venizelos und Kouvelis steht der Welt der Partei DIE LINKE und von SYRIZA gegenüber. Zwei entgegengesetzte Pläne für Europa stoßen aufeinander: der Plan, der uns in die dunkelste Periode der europäischen Geschichte zurückwirft, und der Plan der Hoffnung für die fortschrittliche Neugründung Europas.

Frau Merkel kümmert sich nicht um das Scheitern der Memorandumspolitik. Sie hört nicht auf Professor Peter Bofinger, einen der fünf Wirtschaftsweisen, der erklärte, dass die Schockstrategie in Griechenland gescheitert ist, und dass die wichtigste Strukturreform – die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit EU-Mitteln – von Frau Merkel verhindert wird. Worum sie sich aber kümmert, ist die Fortsetzung einer Politik zur Plünderung des öffentlichen Eigentums unseres Landes. Frau Merkel und ihre letzten Mitbewohner im unterirdischen Memorandumsbunker, die Herren Samaras, Venizelos und Kouvelis, bestehen darauf, das griechische Volk in den Abgrund zu treiben. Ihr Beharren wird jedoch den Zusammenbruch der Koalitionsregierung beschleunigen. Schon nächstes Jahr sollen neun Milliarden Euro eingespart werden. Aber wenn zwei Drittel der Kürzungen von Löhnen und Gehältern, der Renten und der Sozialzuwendungen schon im Januar vorgenommen werden – wozu die Fristverlängerung, um die Frau Merkel gebeten wurde? Die griechische Regierung bittet um eine löchrige Schwimmweste. Damit wird sie selbst ertrinken. Wir werden ihnen aber nicht erlauben, auch Griechenland zu ertränken. Es ist Zeit, dass die Bürger in Europa sich

an die Mahnung von Rosa Luxemburg erinnern, dass ohne rechtzeitige Tat, ohne die Spontaneität und die Organisation von Massenkämpfen, unsere Gesellschaften in die Barbarei zurückfallen werden – statt auf den Sozialismus zuzuschreiten. Das ist der kritische politische Punkt heute: den Rückfall in die Barbarei des aggressivsten, des neoliberalen Kapitalismus aufzuhalten. Es gilt, die Demokratie neu zu fundieren, die durch den neoliberalen Dogmatismus des europäischen politischen Establishments entwertet wird. Austerität ist nicht die Lösung des Problems der Krise. Sie ist die Krise selbst. Der Neoliberalismus ist die größte Gefahr für Europa.

Die soziale Gegenreform der Memoranden verändert gewaltsam die Politik und die Ökonomie Griechenlands. Mehr denn je brauchen wir den scharfen Blick, die kritische Aufarbeitung und die theoretische Analyse der sozialen Auswirkungen und der Umformungen, die dieser neoliberale Angriff hervorruft. Wir brauchen die Bereicherung unserer theoretischen Arbeit und die Formulierung eines alternativen politischen Vorschlags für den sozial gerechten Ausweg aus der Krise und die demokratische, politische und kulturelle Wiedergeburt. Es geht um gesicherte Arbeit, soziale Absicherung und ein würdevolles Leben für die schwächsten und verletzlichsten Schichten unserer Gesellschaft. Es geht darum, der jungen Generation eine schöpferische Perspektive zu bieten. Es geht um Sozialismus mit Demokratie und Freiheit, um einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, für dessen frühe theoretische Ausarbeitung Rosa Luxemburg die Schärfe und die Klarheit ihres Denkens zu Verfügung stellte und ihm ihr kurzes Leben widmete. Es ist an der Zeit, dass die politischen Führungen in Griechenland und in Europa sich vom Antidogmatismus und dem kompromisslosen Humanismus Rosa Luxemburgs inspirieren lassen: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung, Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Solidarität ist die gemeinsame Wurzel von Freiheit und Gleichheit. Es ist daher die kollektive Pflicht der linken politischen Kräfte, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Natur durch den Menschen zu beenden. Es ist Zeit für die Vision eines offenen, demokratischen, sozialen und umweltfreundlichen Europas.

Unser Volk hegt die Hoffnung auf einen schnellen Sturz der Politik des Memorandums und für die Umsetzung des Programms für den sozial gerechten und nachhaltigen Ausweg aus der Krise, für die Wiederauferstehung unseres Landes. Wir werden den Protest und den Zorn in positive und schöpferische politische Initiativen umgestalten. Und darum werden wir auch siegen.

ALEXIS TSIPRAS IST VORSITZENDER VON SYRIZA. DER BEITRAG BASIERT AUF SEINEM VORTRAG BEI DER BÜROERÖFFNUNG IN ATHEN. ÜBERSETZUNG: THODOROS PARASKEVOPOULOS

OHNE RETTUNGS- SCHIRM

SOZIALABBAU UND NEUE ARMUT

Im Görlitzer Park, Berlin-Kreuzberg, August 2012. Foto: Frida Michienzi

MATTHIAS W. BIRK WALD

EINSTURZ DER DREI SÄULEN

NIEDRIGE LÖHNE UND UNSICHERE BESCHÄFTIGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK SIND DIE HAUPTURSACHEN FÜR WACHSENDE ARMUT IM ALTER

Armut im Alter ist lange Zeit nicht als gravierendes Problem betrachtet worden. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert. Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Niedriglohn haben das Armutsrisiko für Ältere massiv erhöht.

Das Normalarbeitsverhältnis, also die doppelte Konstruktion aus kontinuierlicher Beschäftigung bei guten Löhnen und einer geschlechterhierarchischen Teilung in weibliche Haus- und männliche Erwerbsarbeit, sorgte in den meisten Fällen für ein stetiges Einkommen oberhalb der Armutsgrenze. Wer in Vollzeit arbeitete, sollte mehr als genug zu essen haben, um damit nicht nur die Familie zu ernähren, sondern auch für das Alter vorsorgen zu können. Die gesetzliche Rente war so ausgerichtet, dass der in der Erwerbsphase erreichte Lebensstandard ins Alter hinein verlängert werden konnte. Seit den 1980er Jahren erodieren sowohl die sozialrechtlichen Grundlagen dieses Arrangements als auch ihre Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsformen werden seitdem vielfältiger – und das heißt oftmals prekärer.

Mit der sogenannten Riester-Rente und den Hartz-Reformen hat die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder diese Entwicklung in bisher ungeahnter Weise vorangetrieben. In Folge der Hartz-Reformen ist der Niedriglohnsektor stetig gewachsen. Im Jahr 2010 arbeiteten bereits 7,92 Millionen abhängig Beschäftigte für weniger als 9,15 Euro pro Stunde, wie das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen schreibt.

In einer an dem Äquivalenzprinzip ausgerichteten gesetzlichen Rentenversicherung folgen aus niedrigen Löhnen oder längeren Phasen der Nichtbeschäftigung nahezu automatisch geringe Rentenansprüche. Änderungen im Rentensystem haben Anfang des Jahrtausends diese Entwicklung weiter zugespitzt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben das vormalige Ziel der Lebensstandardsicherung aufgegeben und dementsprechend das Sicherungsniveau der Rente reduziert. Bis 2030 wird es voraussichtlich um ein Fünftel sinken. Die Folgen waren bereits damals absehbar: sinkende Renten und wachsende Altersarmut. Um die politisch

gerissene Rentenlücke zu kompensieren, führte Rot-Grün die steuerlich geförderte, private Altersvorsorge ein. Zusammen mit der betrieblichen Altersvorsorge sollte sie das neue Drei-Säulen-Prinzip der Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat) komplettieren. Um Altersarmut zu lindern, stellte die damalige Bundesregierung die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bereit. Sie ist eine Leistung der Sozialhilfe für Menschen im Rentenalter, allerdings mit verbesserten Zugangsmöglichkeiten. Heute ist klar, dass das Drei-Säulen-Modell die Vorsorgelücke nicht schließt und die Grundsicherung im Alter Altersarmut nicht effektiv verhindert. Für die Versicherten ist die Riester-Rente ein gigantischer Flop, der zudem Sicherheit vorgaukelt, wo keine ist. Zwei zentrale Ziele sind jedoch erreicht worden: Die ArbeitgeberInnenseite ist von Beiträgen entlastet worden – zu Lasten der auf die private Vorsorge verwiesenen ArbeitnehmerInnen. Und die Versicherungswirtschaft profitiert vom Ausbau des Marktsegments der Altersvorsorge.

Verglichen mit dem Ausmaß an Armut und Abhängigkeit von Sozialleistungen in anderen Bevölkerungsgruppen scheint Altersarmut bisher noch kein gravierendes Problem zu sein. Knapp 68 Prozent der Erwerbslosen, 37 Prozent der Alleinerziehenden und immerhin 16 Prozent der Gesamtbevölkerung sind – gemessen an der Armutsrisikoschwelle von derzeit 952 Euro pro Monat – einkommensarm. Doch nur 14,2 Prozent der Menschen im Rentenalter haben laut Eurostat weniger als 952 Euro im Monat zur Verfügung. Und während Alleinerziehende zu 40 Prozent Hartz IV beziehen, beziehen, wie das Statistische Bundesamt meldet, nicht einmal drei Prozent der 65-Jährigen und Älteren die Grundsicherung im Alter.

Dennoch muss bereits heute Altersarmut bekämpft werden. Seit 2003, dem Jahr der Einführung der Grundsicherung im Alter, ist die Anzahl der auf sie angewiesenen Menschen um 69 Prozent auf 436.000 angestiegen. Obwohl die Grundsicherung im Alter mit dem Ziel konzipiert worden war, verschämte Altersarmut, also die Nichtinanspruchnahme von Leistungen trotz objektiv bestehenden Anspruchs, zu vermeiden, wird heute mit einer Dunkelziffer von bis zu 68 Prozent gerechnet. Somit müssten nicht 436.000, sondern bis zu 1,4 Millionen Menschen im Grundsicherungsbezug sein. Demzufolge beträgt die wahre Grundsicherungsquote nicht 2,6, sondern bis zu acht Prozent. Zudem ermöglicht das derzeitige Grundsicherungsniveau für 65-Jährige und Ältere von 707 Euro keineswegs ein Leben frei von Armut.

Bereits heute gehen mehr als 760.000 65-Jährige und Ältere, 118.000 von ihnen älter als 75, einem Minijob als ausschließlicher Beschäftigung nach. Das sind 60 Prozent mehr als noch vor zehn

Jahren. Im gleichen Zeitraum sind die tatsächlich ausgezahlten Renten für NeurentnerInnen spürbar gesunken: Langjährig Versicherte, die 35 und mehr Jahre in der Rentenversicherung versichert waren, erhielten als NeurentnerInnen im Jahr 2000 durchschnittlich noch 1.021 Euro im Monat. 2011 waren es nur noch 953 Euro. Im gleichen Zeitraum sind die Renten wegen voller Erwerbsminderung um 14 Prozent von 738 Euro auf 634 Euro gesunken. Dieser Betrag liegt bereits deutlich unterhalb des Grundsicherungsniveaus für Erwerbsgeminderte von derzeit 659 Euro.

Um ein Leben im Alter frei von Armut zu ermöglichen, muss an vier Stellen angesetzt werden. Erstens: Da sich in einem auf Äquivalenz von Einzahlung und Rentenalter ausgerichteten Alterssicherungssystem eine gute Rente aus schlechter Bezahlung und anderweitig prekärer Beschäftigungsbedingungen nicht erzielen lässt, muss zuvorderst am Arbeitsmarkt angesetzt werden. Ohne eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, ohne einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro brutto pro Stunde wird es nicht gehen. Damit es kein einfaches Zurück zum altbekannten Normalarbeitsverhältnis gibt, müssen die Haupthindernisse einer geschlechtergerechten Arbeitsmarktteilnahme beseitigt, also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert und Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Zweitens: Bei einem ständig sinkenden Rentenniveau sinken auch die Rentenzahlungen. Immer mehr RentnerInnen rutschen in die Altersarmut. Da das Drei-Säulen-Modell kläglich versagt hat, muss es in der heutigen Form abgeschafft werden. Damit die gesetzliche Rente wieder den einmal erreichten Lebensstandard sichert, muss das aktuelle Rentenniveau folglich gehalten und sogar von derzeit rund 50 Prozent auf 53 Prozent angehoben werden. Drittens muss der in den vergangenen Jahren stetig zurückgefahren Solidarausgleich wiederhergestellt werden. Das gilt insbesondere für Langzeiterwerbslose, für die aktuell nicht weiter in die Rentenkasse eingezahlt wird. Die dadurch entstehenden Lücken vergrößern das Altersarmutsrisiko deutlich. Und viertens wird es selbst unter den Bedingungen, dass der Arbeitsmarkt re-reguliert, das Rentenniveau wieder angehoben und der Solidarausgleich wieder hergestellt wird, immer noch Menschen geben, die bereits auf lange Phasen zurückblicken müssen, in denen sie erwerbslos waren, zu wenig arbeiten konnten oder zu schlecht bezahlt waren. Deshalb ist auch innerhalb der gesetzlichen Rente eine steuerfinanzierte sowie einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente nötig, die im Alter zuverlässig ein Leben frei von Armut ermöglicht.

MATTHIAS W. BIRK WALD IST RENTENPOLITISCHER SPRECHER DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

KATJA KULLMANN

SCHLAU ABER ABGEBRANNT

TAGELÖHNEREI UND EXISTENZANGST PRÄGEN DIE ARBEITSWELT VON KREATIVEN

Der freie Kreative ist der Idealtypus in der neuen Erwerbswelt. Sein sympathisches, gebildetes, weltoffenes Image wirkt verführerisch – und ist oft doch nur Tarnung für Selbstausbeutung, Tagelöhnerei, Existenzangst und Ansätze von Armut.

Fast jeder hat ein Bild von ihnen – von den jungen, bunten Leuten, die vor verrückten Ideen übersprudeln und denen angeblich die Zukunft gehört. Fast jeder kennt auch die «angesagten Viertel», in

denen sie sich bewegen und in denen die Mieten irre schnell steigen, in denen es kaum noch Metzgereien oder Schraubenläden gibt, dafür Filz-Design-Shops und Trend-Cafés. Dort sitzen die jungen, bunten Leute mit ihren Laptops herum und schicken einen brandheißen Entwurf nach dem nächsten ins Netz. Sie sind agil, modisch, abenteuerlustig und irgendwie sympathisch. Vor allem sind sie: kreativ. Die freischaffende und bewegliche Kreative ist der

«IN DER SACKGASSE»

MINIJOBS VERURSACHEN ALTERSARMUT – BETROFFEN SIND ÜBERWIEGEND FRAUEN

Knapp fünf Millionen Menschen in der Bundesrepublik haben lediglich Minijobs – mehrheitlich Frauen. Sie arbeiten als Reinigungskräfte, in der Gastronomie, im Einzelhandel und in Gesundheitsberufen. Die Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales der Linksfraktion im Bundestag, Diana Golze (www.diana-golze.de), über die Folgen.

Was bedeutet die Minijobberei für Frauen?

Golze: Sie bewegen sich beruflich in einer Sackgasse mit hohen persönlichen Risiken. Die Frauen verbleiben in wirtschaftlicher Abhängigkeit, entweder von ihrem Mann oder vom Jobcenter. Das ist aus gleichstellungspolitischer Sicht eine Katastrophe. Zudem ist Altersarmut programmiert.

Warum?

Golze: Minijobs bedeuten Minilöhne. Im Durchschnitt gibt es 260 Euro. Minirenten sind die Folge. Derzeit liegt der Rentenbeitrag bei 3,18 Euro. Im Jahr! Und wohlgemerkt für einen 400-Euro-Minijob. Nach 45 Jahren mit 450 Euro Verdienst gibt es eine Rente von knapp über 200 Euro. Das gilt für Mann und Frau gleichermaßen. Aber: Zwei Drittel aller Minijobbenden sind Frauen, und sie verharren zudem besonders lange in dieser Beschäftigungsform.

Was bringt die geplante Rentenversicherungspflicht?

Golze: Sie ist kein Ausweg. Statt der 3,18 Euro fließen dann 4,15 Euro pro Jahr in die Rentenkasse. Überdies: Etwa 90 Prozent der Minijobbenden werden darauf verzichten, in die Rentenversicherung einzuzahlen. Sie wählen das sogenannte Opt-out-Verfahren. Davon geht die Koalition selbst in ihrem Gesetzentwurf aus.

Geht es bei Minijobs nur um zu wenig Geld?

Golze: Nein. Auch die Sozialstandards sind gering. In der Regel gibt es keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der Mutterschutz ist nur bedingt gegeben, bezahlter Urlaub ist die Ausnahme.

Schwarz-Gelb will die Verdienstgrenzen anheben. Was sagst du dazu?

Golze: Das ist die falsche Medizin. Dann gibt es nur noch mehr Minijobs. Die Entlohnung wird nicht steigen. Sozialministerin von der Leyen weitet damit das Problem nur aus. Das ist mir vor allem deshalb ein Rätsel, weil sie in Talkshows immer mit sorgenvollem Gesicht sagt, dass man doch etwas tun müsse und dass gerade Frauen von den Minijobs betroffen seien.

Was schlägt die Linksfraktion vor?

Golze: Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Und wir müssen Minijobs endlich mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gleichsetzen. Das entspricht auch dem Wunsch der Beschäftigten, gerade dem von Frauen. Zwei Drittel der Minijobberinnen wünschen sich eine längere Arbeitszeit.

FRAGEN: HENNING HEINE



Diana Golze
Foto: DIE LINKE. im Bundestag

Idealtypus des modernen erwerbstätigen Menschen. Keine Ansprüche an Kranken-, Urlaubs- oder gar Weihnachtsgeld stellt sie. Keinen kostbaren Resopal-Schreibtisch belegt sie, keinen Büroflur verstopft sie, in keine Kantinenschlange reiht sie sich ein. Falls sie doch mal eine Stechuhr aus der Nähe sieht, in irgendeiner idyllischen Fabrikrüne, weiß sie nicht, wie man die bedient. Stattdessen fotografiert sie die Stechuhr als ulkiges Ding aus einer vergangenen Zeit, bearbeitet das Foto mit einem nostalgischen Gelbstich und postet es in ihrem Blog.

«Die Kreativwirtschaft ist das Leitbild der Industrie von morgen», hieß es noch bis 2011 auf der Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums. Der Slogan ist gelöscht, jetzt steht da nur noch «Wirtschaft. Wachstum. Wohlstand». Längst ist der Imperativ zur eigenverantwortlichen kreativen Erwerbsgestaltung voll verinnerlicht: jeder ein Talent auf eigene Rechnung und Geheiß! Gute Laune ist Pflicht, «Allzeit bereit» muss rund um die Uhr signalisiert werden – alles andere wäre der Untergang im Überlebenskampf um Honorare, Aufträge und Aufmerksamkeit. Über 4,14 Millionen Solo-Selbstständige, auch Freelancer genannt, gibt es in Deutschland. Zwischen 1998 und 2008 ist ihre Zahl um 40 Prozent gestiegen, meldet das Statistische Bundesamt. Einen «sprunghaften Anstieg» gab es zwischen 2002 und 2005, in den Jahren, in denen die Hartz-Gesetze in Kraft traten. Etliche Kreativ-Unternehmen gingen dazu über, feste Stellen in «fest-freie» oder «frei-freie» Jobs umzuwandeln. Viele Redaktionen verfügen heute nur noch über stark ausgedünnte Stammbesetzungen; sie werden überwiegend von freien Mitarbeiterinnen mit Reportagen und Interviews bestückt – wobei die Honorare oft deutlich gesunken sind. So kommt es, dass die Unternehmen der Kreativwirtschaft – Verlage, Sender und Theater, Softwareschmieden und Werbeagenturen – zwar schon mehr erwirtschaften als etwa die Landwirtschaft oder die chemische Industrie, dass viele freie Zuarbeiter sich aber kaum über Wasser halten können. Nach Angaben der Künstlersozialkasse verdienen freie Gestalter, Programmiererinnen und Autoren im Schnitt zwischen 12.000 und 15.000 Euro jährlich. Rund 1,3 Millionen sogenannte Aufstocker gibt es. Working Poor ist der klassische, amerikanische Begriff dafür, Prekariat der europäischen neue. Zehntausende hoffnungsvoll gestarteter Freelancer sind über die Jahre zu traurigen Tagelöhnern und Wanderarbeiterinnen geworden. Sie arbeiten im 21. Jahrhundert oft unter Bedingungen, wie sie aus dem 19. Jahrhundert überliefert sind. Längst haben die kreativen Prekären viel mehr gemein mit den Supermarkt-Regal-Einräumern, den Security-Bären und Fensterputzern, über die sie mitfühlende Sozialreportagen schreiben oder deprimierende Reality-Dokus drehen, als mit den Agentur-Chefs und Etat-Bewilligerinnen, von denen sie sich Aufträge erhoffen und ein bisschen Honorar. Doch passt diese Erkenntnis (noch) nicht in ihr Selbstbild. Wer die Codes kennt, kann sich auch mit Second-Hand-Möbeln flott einrichten und findet im Rot-Kreuz-Shop Polyesterblusen, die wie seltene Designer-Stücke wirken. Schade, dass die tiptop ausgebildeten Kreativen so viel Energie in ihre vermeintlich individuellen Existenzkämpfe und in ihr Status-Mimikry investieren (müssen). Sie könnten ihr Knowhow auch dazu nutzen, sich mit ihren prekären Kolleginnen aus dem Reinigungs-, dem Transport-, dem Pflege- und dem Klinikwesen zusammenzuschließen – und gemeinsam mit jenen ein paar revolutionär kreative Ideen für faires Wirtschaften entwickeln.

KATJA KULLMANN LEBT IN HAMBURG UND SCHREIBT ÜBER GESELLSCHAFTLICHES, DEN GESCHLECHTERTANZ UND DIE WELT DER ARBEIT

PIOTR IKONOWICZ

ÜBERARBEITET UND TRAUIG

ARMUT GILT IN POLEN ALS SÜNDE – UND WIRD SCHAMHAFT VERSTECKT

Zwei Drittel der polnischen Haushalte haben keine Rücklagen, die meisten von ihnen sind hoch verschuldet. Sie können sich nicht einmal eine Woche Urlaub leisten. Doch Armut ist zur Sünde geworden.

Die Armen werden von der offiziellen Propaganda als eine kleine Minderheit fauler AlkoholikerInnen dargestellt, die Ausgrenzung verdienen. Zwangsräumungen, Stromsperrungen, Zwangsversteigerungen von Wohnungen gelten als gerechte Strafe. Doch sogar BankexpertenInnen sagen, dass die meisten Menschen in Polen niemals einen Bankkredit bekommen würden.

Seit Polen mit seinem konstanten Wachstum auf den sechsten Platz der EU-Wirtschaften aufgestiegen ist, wollen die Machthaber sich ihrer Erfolgsgeschichte rühmen. Die Realität passt jedoch nicht zu diesem rosigen Bild. Zwei Millionen der sieben Millionen polnischen Kinder leiden unter Armut und Unterernährung, drei Viertel von ihnen leben in überbelegten Wohnungen. Polen ist das Land innerhalb der EU, das am wenigsten Geld für die Belange von Kindern ausgibt. Die Politik des falschen Optimismus zeigt sich auch in einer enthusiastischen Pressemitteilung des Zentralen Statistikamtes. Darin heißt es, schon jede zweite polnische Familie könne es sich leisten, einmal im Jahr auswärts zu essen.

Als Polen und neun andere ost- und mitteleuropäische Länder vor knapp zehn Jahren in die EU eintraten, sorgten sich SozialwissenschaftlerInnen, dass die Methoden der Sozialforschung, die bislang auf die sozialen Bedingungen in reichen westlichen Ländern angewandt wurden, für die neuen Länder ungeeignet seien. Diese Sorge war berechtigt: Laut der von polnischen Forschungszentren jährlich herausgegebenen Berichte leben nur sechs bis sieben Prozent der polnischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Regierung glaubt ihrer eigenen Propaganda und hat seit 2006 die Einkommensgrenzen für den Bezug von Sozialleistungen nicht angepasst. In diesem Jahr wurden sie schließlich doch geändert – allerdings nur um 104 Zlotys (25 Euro). Sechs Jahre lang hatten Familien, deren Einkommen oberhalb der offiziellen Armutsgrenze lag, weniger als das vom Institut für Arbeits- und Sozialstudien festgelegte Existenzminimum zur Verfügung. Ungeachtet des konstanten Wirtschaftswachstums hat die Steuerprogression abgenommen, und Sozialleistungen wurden drastisch zusammengestrichen.

Neben geringerer Haushaltsumverteilung und eingeschränktem Sozialtransfer ist die Hauptursache für die wachsende soziale Ungleichheit und Verarmung in Polen der Arbeitsmarkt, in dem prekäre Arbeitsplätze überwiegen. Nach dem Bericht «Arbeit und Polen», den die Gewerkschaft Solidarność in Auftrag gab, haben 27 Prozent der polnischen ArbeiterInnen keine Vollzeitstelle, sondern entweder befristete oder Werkverträge. Das ist das schlechteste Ergebnis innerhalb der EU. 1,2 Millionen PolInnen hatten im zweiten Quartal 2010 mehr als eine Arbeitsstelle, das sind 7,3 Prozent der Erwerbstätigen. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in der EU liegt bei 3,8 Prozent. Ein Sechstel der Erwerbstätigen in Polen gilt als erwerbstätige Arme. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze ist gepaart mit langen Arbeitszeiten. Laut Statistikamt arbeiten elf der 16 Millionen polnischen ArbeitnehmerInnen mehr als 40 Stunden die

Woche. Damit hat Polen die dritthöchste durchschnittliche Arbeitszeit innerhalb der OECD-Länder. Im Jahr 2009 arbeitete ein durchschnittlicher polnischer Arbeitnehmer 2.015 Stunden. Das wurde nur von Südkorea (2.074 Stunden) und Russland (2.016 Stunden) übertroffen. In offiziellen europäischen Erhebungen über Arbeitsbedingungen gaben 75 Prozent der Befragten in Polen an, sechs oder sogar sieben Tage die Woche zu arbeiten. Nur 13 Prozent der etwa zwei Millionen polnischen Arbeitslosen haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Diese überarbeiteten Menschen, die jahrelang nicht im Urlaub waren, sollten zumindest Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Das ist aber nicht der Fall. In Polen werden rund 35 Prozent der Behandlungskosten von den PatientInnen selbst getragen, laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben 40 Prozent der Menschen Probleme, Zugang zu Heilbehandlungen zu bekommen.

Um sich nicht in die Riege der Arbeitslosen einzureihen, haben zwei Millionen vor allem junge Menschen ihr Land auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen verlassen. Einer der Hauptgründe für diese Massenabwanderung ist das Wohnraumproblem. Polen muss dringend mindestens zwei Millionen Wohnungen bauen. Laut Eurostat-Daten von 2010 kann jede fünfte polnische Familie ihre Wohnung nicht beheizen. Ein Fünftel der Wohnungen ist daher aufgrund von Feuchtigkeit und mangelnder Beheizung von Schimmel befallen. Die meisten Menschen in Polen sind arm, überarbeitet und traurig. Ein weiteres Wirtschaftswachstum ist kein Ausweg aus dieser Situation. Es braucht zusätzlich nachhaltige Entwicklungspolitik. Die Ressourcen des europäischen Kohäsionsfonds sollten zur Verbesserung der Lebenssituation verwendet werden, nicht für neue Autobahnen und Fußballstadien.

PIOTR IKONOWICZ IST KOVORSITZENDER DER POLNISCHEN NEUEN LINKEN UND AKTIV IM BÜRO FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Im Görlitzer Park, Berlin-Kreuzberg, August 2012. Foto: Frida Michienzi





DANIEL RÜHMKORF

NEUE WEGE IN BRANDENBURG

DAS BUNDESLAND TUT WAS FÜR DIE GESUNDHEIT DER UNTEREN SCHICHTEN

«Weil du arm bist, musst du früher sterben.» Mit diesem Satz führt Rolf Rosenbrock, Präsident des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, seinen ZuhörerInnen regelmäßig die gesundheitliche Dimension sozialer Ausgrenzung vor Augen.

Menschen mit geringen Einkünften, wenig Bildung und niedrigen beruflichen Positionen oder gar in Arbeitslosigkeit sterben bis zu zehn Jahre vor den Reichen ihres Jahrgangs. Die Schere zwischen Arm und Reich geht stetig weiter auseinander. Prekäre Beschäftigung, unzureichende Grundsicherung, einbrechende Renteneinkommen – die fehlgeleitete Sozialpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung wirkt sich auch auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung aus. Was kann eine Gesundheitspolitik dem entgegen setzen, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist? Ein Blick in das Land Brandenburg: Das politische Ziel ist dort die Verbesserung der medizinischen Versorgung für alle. Das Fachministerium, geführt von Anita Tack (DIE LINKE), setzt auf Gesundheitsförderung insbesondere der unteren sozialen Schichten – und auf Prävention. Angegangen werden vorrangig soziale Missstände, statt individuelles Fehlverhalten anzuprangern. Das Ministerium und zahlreiche AkteurInnen entwickelten dafür flächendeckende und dauerhafte Angebote. Es bestehen sogenannte Gesundheitszieleprozesse wie «Bündnis Gesund aufwachsen», «Bündnis Gesund älter werden», «Safe Region – Sicheres Brandenburg», die Landessuchtkonferenz sowie die Qualitätskonferenz Onkologie. Sie alle tragen dazu bei, Lebenskompetenzen zu erhöhen und zielen darauf ab, die Lebenswelt der BrandenburgerInnen positiv zu verändern. In den Fokus genommen werden soziale Brennpunkte, Schulen, Kitas und neuerdings auch Senioreneinrichtungen.

Die Maßnahmen, die ein Flächenland ergreifen kann, sind dennoch begrenzt. Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion streiten die Brandenburger Linken daher für ein Bundespräventionsgesetz: Dann könnten bewährte Projekte und Programme des Landes im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention miteinander vernetzt, weiterentwickelt und verbreitert werden. Die gesamtgesellschaftliche Verantwortung muss in der Finanzierung zum Ausdruck kommen: Bund und Länder, alle Sozialversicherungszweige sowie die private und gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung müssen die erforderlichen Mittel aufbringen. Um wirklich einen Paradigmenwechsel in Gesundheitsförderung und Prävention zu erreichen, müssen die Mittel massiv erhöht werden. Dafür setzt sich Brandenburg im Bundesrat und in der Gesundheitsministerkonferenz ein. Das Land stellt mit anderen Bundesländern eigene Eckpunkte für ein Präventionsgesetz. Wir brauchen in dem bestehenden System noch mehr Projekte und Programme der lebensweltbezogenen Prävention, damit das gesellschaftliche Ziel, die Verringerung der sozial bedingten Ungleichheit der Gesundheitschancen, auch gelingen kann.

DANIEL RÜHMKORF IST MEDIZINER UND WAR STAATSEKRETÄR IM BRANDENBURGISCHEN GESUNDHEITSMINISTERIUM

An der Warschauer Brücke, Berlin-Friedrichshain, Juli 2012. Foto: Frida Michienzi

HORST KAHRS

UND RAUS BIST DU

NIEDRIGEINKOMMEN UND KLASSENLAGEN – DREI BEISPIELE

Seit dem Frühjahr befasst sich ein Gesprächskreis der Stiftung mit Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse. Ein Ergebnis der ersten Treffen: Niedriges Einkommen verstärkt Ausschlusstendenzen – am Arbeitsplatz, in der Stadt, bei Wahlen.

So stellte Ingo Matuschek von der Universität Jena empirische Forschungsergebnisse zum Verhältnis von Stammbeschäftigten und prekär Beschäftigten in der Automobilindustrie vor. Deutlich wurde dabei, dass neben der beruflichen Qualifikation und der sozialräumlichen Lebenslage der Status des Arbeitsvertrages eine dritte zentrale Bestimmungsgröße für Handlungsorientierungen und potenzielles Klassenhandeln ist. Der Status und damit auch die Reichweite betrieblicher Solidarität werde innerhalb einer Belegschaft nach verschiedenen «Zonen» der Integration, der Prekarität und der Entkopplung unterschieden. Befristete Beschäftigte gehörten eher dazu als LeiharbeiterInnen, diese wiederum eher als ehemals Arbeitslose in einer Integrationsmaßnahme. Der Stadtsoziologie Andrej Holm berichtete über die sozialräumliche Verfestigung von Lebenslagen. Behandelt wurden die Zusammenhänge von politischer Ökonomie des Bodens und Städtebaus mit Prozessen von Ausgrenzung. Aus räumlicher Distanz wird zugleich soziale Distanz. Eine «new urban underclass» bildet sich heraus, die Unterschiede verstärken sich: Privilegierte Räume werden zu privilegierenden, benachteiligte zu benachteiligenden. Die freiwillige Segregation der wohlhabenderen Stadtbevölkerung werde kaum thematisiert, dagegen die erzwungene Segregation oftmals mit Begriffen wie «gefährlicher Ort» und «gefährliche Klassen» verstärkend geführt. Übersehen werde dabei allerdings, dass die Herausbildung von sozial- und lebensstilhomogenen Nachbarschaften und Netzwerken zugleich einen sozialen Schutzraum schaffe, um gesellschaftlichen Unsicherheitsfaktoren und Flexibilitätsanforderungen begegnen zu können.

Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln beschäftigte sich mit der Frage, ob und wie soziale Ungleichheit zu demokratischer und politischer Ungleichheit führt. Schäfer betrachtete die politische Artikulation in Form der Wahlbe-

teiligung. Er widersprach mit guten Belegen der gängigen politikwissenschaftlichen These, wonach sich die Wahlenthaltung annähernd gleichmäßig über alle soziale Schichten verteile. In Bezirken mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohem Durchschnittseinkommen sei die Wahlbeteiligung weniger stark gesunken als in den Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Durchschnittseinkommen. In Köln etwa habe die Wahlbeteiligung zwischen dem «unteren» und «oberen» Ende mit 44 Prozent und über 80 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen deutlich und zugleich typisch geschwankt. Die Parteien würden darauf, dass die enttäuschten Wählerschichten viel schwerer zu mobilisieren seien, reagieren, indem sie sie bei der Wahlkampfplanung und im nächsten Schritt bei der Programmatik und Politik immer weniger berücksichtigen. So sei, konstatierte Schäfer, über die Jahre hinweg eine «soziale Schieflage der Demokratie» entstanden, untere Bevölkerungsschichten seien kaum noch demokratisch repräsentiert und damit ein Gebot demokratischer Gleichheit verletzt.

Johanna Klatt vom Göttinger Zentrum für Demokratieforschung betonte: Die soziale Ungleichheit führt auch bei direktdemokratischen Abstimmungen zu demokratischer Ungleichheit. Auch bei anderen Formen demokratischer Beteiligung dominieren die mittleren und oberen sozialen Schichten, weil sie über erforderliche Ressourcen wie Bildung, Information, Einkommen, Durchsetzungsbewusstsein, Veränderungswille deutlich stärker verfügten. Der Ausbau direktdemokratischer Beteiligung sei kein Königsweg, um die demokratiepolitischen Folgen sozialer Ungleichheit zu bekämpfen. Er könne auch das Gegenteil bewirken. Zuletzt präsentierten Wolfgang Storz, ehemaliger Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, und der Autor Christian Baron die Ergebnisse ihrer Arbeiten zu den herrschenden Diskursen über Armut, Reichtum und Erwerbslosigkeit. Wer an einer Teilnahme am Gesprächskreis interessiert ist, kann sich elektronisch unter kahrs@rosalux.de anmelden.

HORST KAHRS IST REFERENT FÜR DAS ÖFFENTLICHE/SOZIALSTRUKTURANALYSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ANNE ALLEX

EWIGE GÄNGELEI

ZUNEHMENDE ÜBERWACHUNG VON HILFEBEDÜRFTIGEN

Für hilfebedürftige Arme ist der Überwachungsstaat tägliche Realität. Wer Arbeitslosengeld II beantragt, muss einen Spießrutenlauf an Gängelungen und Kontrollen absolvieren.

Hilfebedürftige erhalten in der Bundesrepublik Arbeitslosengeld II, Erwerbsminderungsrente oder Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter. Ihr offizieller Bedarf beträgt 374 Euro, kommunal bestimmte Kosten der Unterkunft und gegebenenfalls Mehrbedarfe. Um ALG-II oder Grundsicherungsleistungen zu erhalten, müssen AntragstellerInnen ihre Bedürftigkeit ausführlich nachweisen, Kontoauszüge der letzten drei Monate vorlegen, Mietverträge

und jegliche Nachweise über Vermögen auf dem Sparbuch oder bei Versicherungen zur Einsicht geben. Nach Antragsbescheidung sind alle Einnahmen anzugeben; sie werden nach unterschiedlichen Modi angerechnet. ALG-II-Antragstellende müssen alle Personen in ihrer Wohnung auflisten. So wird geprüft, ob eine «Bedarfsgemeinschaft» vorliegt, in der alle finanziell füreinander eintreten müssen. Selbständige «AufstockerInnen» müssen halbjährlich mit dem Wiederbewilligungsantrag Einkommenspläne und Abrechnungen abgeben. Da das Amt häufig Fehler macht, geht das Nachweisspiel häufig noch vor den Sozialgerichten der Republik weiter. Essen,

Kleidung, Transport und Telefon – der Betrag von 374 Euro reicht hinten und vorne nicht. Etwa ein Drittel der ALG-II-Berechtigten zahlt wegen pausenloser Mieterhöhungen bis zu 150 Euro Miete aus der Regelleistung. Die Bewerbungspflicht zieht weitere Ausgaben nach sich. Zwischen fünf und 20 Bewerbungen im Monat sind Pflicht; die Kosten werden seit 2011 nur noch bei arbeitsmarktnahen «KundInnen» nach zeitnahen Einzelnachweisen ersetzt. Weitere Hürden sollen zum Stolpern verleiten: ALG-II-Berechtigte müssen sich bei Ortsabwesenheit abmelden und persönlich wieder anmelden. Fliegt ein Meldeversäumnis auf, fordert das Jobcenter die Ta-

gesleistungen zurück. Im Urlaub sendet es Stellenangebote zu, um zu prüfen, ob die «KundInnen» der Pflicht zur Arbeitssuche jederzeit nachkommen. Bewerbungsaktivitäten sind innerhalb von fünf Werktagen anzugeben, sonst droht die Streichung von 30 Prozent der Regelleistung für bis zu drei Monate. Passiert dies unter 25-Jährigen, entfällt die Regelleistung für drei Monate ganz. Wer Sozialleistungen bezieht, ist zwischen zu wenig Geld, massiven «Aktivierungsanforderungen» und Androhungen von Leistungskürzungen eingeklemmt. Die Armutsfalle ist zugeschnappt.

ANNE ALLEX IST SOZIALPOLITISCHE WEGWEISERIN IN BERLIN

LUTZ BRANGSCH

SICHER NICHT PRIVAT

MIT DEM AUSVERKAUF ÖFFENTLICHER LEISTUNGEN MUSS SCHLUSS SEIN

Die Ära Kohl sei geprägt gewesen von einem beispiellosen Abbau von sozialen Rechten. So hieß es zu ihrem Ende im Jahr 1998. Wie aber lässt sich dann die Zeit seit den Hartz-Gesetzen beschreiben, wie die Entwicklung der vergangenen drei Jahre?

Kohl bewegte sich noch in den Grenzen des sozialstaatlichen Kompromisses. Sie wurden von SPD und Grünen niedergewalzt – und die derzeitige Regierungskoalition konnte auf den Trümmern ihre «Neue Soziale Marktwirtschaft» errichten. Das Soziale ist heute fragmentierter als je zuvor. Seine Konditionen sind global bestimmt. Die Kämpfe aber werden national geführt. Dort aber verschwimmen die Konturen des Konfliktfelds. Wer will den Sozialabbau und -umbau – die Regierung, die Unternehmer, die EU? Die Vielfalt neuer Solidarierungsversuche schlägt sich im Großen und Ganzen nicht in politischer Wirksamkeit nieder. Maßgeblich ist die Veränderung der Sozialen Frage – die Veränderung der FragestellerInnen, damit der Frage selbst und dementsprechend der Antworten.

Das wirft die Frage nach tragfähigen Bündnissen im Widerstand gegen diese Politik auf. Wir müssen vom Globalen her denken, ohne uns die falsche Antinomie von «mehr» oder «weniger» Europa aufdrängen zu lassen. Tatsächlich geht es um die Frage, «welches» Europa die unterschiedlichen Kräfte wollen. Das Maß und – wichtiger noch – die Form der Integration bestimmte sich immer an konkreten Interessen. Die Diskurse zu «mehr» oder «weniger» Europa waren und sind kleinbürgerliche Debatten, die aus schwärmerischen Vorstellungen von einem kuscheligen Nationalstaat oder einer a priori freundlichen Weltgemeinschaft gespeist werden. Damit verbunden ist ein hoher Populismus-Faktor. Lenin meinte im Jahr 1915, die europäische Integration sei, wenn überhaupt, nur als stockreaktionäres Gebilde denkbar. Er unterschätzte freilich die Dynamik der Internationalisierung des Kapitals und die Widersprüchlichkeit des von ihm selbst beschriebenen Prozesses.

Wir stehen vor einem Dilemma: Wenn es so weitergeht wie derzeit, könnte die EU ein Gebilde werden, wie von Lenin prophezeit. Ein Rückfall in Nationalstaatlichkeit andererseits hätte wohl noch verheerendere Folgen. Bereits vor dem Ausbruch der Haushaltskrisen in Griechenland und anderen Staaten beschlossen die nationalen Parlamente in bemerkenswertem Einklang massive Kürzungen und Umstrukturierungen im sozialen Bereich. Keine Regierung hatte ein Problem mit der Unterzeichnung diverser Verträge, die auch heute die Basis für Sozialabbau bilden. Keine Regierung entzog sich der

schrittweisen Privatisierung der Alterssicherung oder der Privatisierung von Teilen der öffentlichen Leistungen.

Die weitreichende Privatisierung und Kommerzialisierung sozialer Sicherung zerschlägt die institutionelle Basis des sozialstaatlichen Kompromisses. Aus Leistungsberechtigten sind KundInnen mit schwachen Käuferrechten geworden. Konsumentenverhalten soll politisches Verständnis von sozialer Sicherung ersetzen. Zugleich werden die Beschäftigten gezwungen, sich unter dem Mantel der kommerziellen Geschäftsabläufe ihres «Unternehmens» zu kritiklosen Handlangern der politischen EntscheidungsträgerInnen zu machen. Und dies unter immer unwürdigeren Arbeitsbedingungen. Betroffen ist in erster Linie die Arbeitslosenversicherung, nicht minder gilt das aber auch für alle anderen Sozialversicherungen. Die Veränderungen prägen den Sprachgebrauch bis in die Gewerkschaften hinein. Sprache und Denken, Denken und Handeln hängen aber eng zusammen. Die Gemeinsamkeit der Lohnabhängigen und ihre Solidarisierung werden untergraben. Der Anspruch, der aus den Kämpfen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen über 150 Jahre erwachsen ist, soll diskreditiert, aus den Erinnerungen und aus der Kultur der Bewegungen getilgt werden.

Unter dem Druck der Verhältnisse werden nun «von unten» neue Formen der sozialen Absicherung in kleinen Kollektiven gesucht – oft auch auf dem Weg über den Kapitalmarkt. Angesichts der Globalisierung der sozialen Frage könnten sich diese Unterfangen als fragwürdig erweisen. Sie widerspiegeln indes die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und zeigen, wie die neuen technologischen Regimes die Basis der früheren Solidarität verändert haben. Die Fabrik ist weitgehend verschwunden, wenigstens in unseren Breiten. Ort der Solidarität und Zeiten der Solidarisierung verändern sich durch zunehmende Flexibilisierungen tief gehend. Die Frage nach der Arbeitszeit erhält eine neue Aktualität. Immerhin machte der Kampf der nationalen Arbeiterbewegungen um den Acht-Stunden-Tag im 19. und frühen 20. Jahrhunderts diese zu einer internationalen Arbeiterbewegung. Was kann in diesen Mehrfachspaltungen das Einigende sein? Zwei Forderungen: Erstens die Rücknahme der Privatisierung sozialer Sicherung. Zweitens: Die Durchsetzung sozialer Standards zumindest in der EU. Die Proteste gegen Troika, Fiskalpakt und Austeritätspolitik bilden dafür einen guten Rahmen.

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Foto: Henning Heine

LUX LIKE COMIC Eine Wanderausstellung mit Comics zum bundesdeutschen Bildungssystem ist Mitte Oktober in Berlin gezeigt worden. Zur Eröffnung kamen rund 100 Gäste in das Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz, in dem auch die Stiftung ihren Sitz hat. Die Bildergeschichten zeichnen die Ausbildungswege verschiedener ProtagonistInnen nach. Ein Videotrailer, zusätzliche Informationen und Bestellmöglichkeiten finden sich online unter <http://www.rosalux.de/studienwerk/lux-like-comic.html>.

KATRIN SCHÄFGEN

SCHILLERND ABER UNKONKRET

DAS PROMOTIONSKOLLEG «DEMOKRATIE UND KAPITALISMUS» ZIEHT BILANZ

Nach vierjähriger Forschungsarbeit ging diesen Herbst das Promotionskolleg «Demokratie und Kapitalismus» der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Abschlussworkshop in den Räumen der Stiftung zu Ende. Die Bilanz fällt gemischt aus.

Zum 1. Oktober 2008 richtete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr erstes Promotionskolleg ein. Im Rahmen des Themas «Demokratie und Kapitalismus» vergab sie acht Promotionsstipendien an SoziologInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, an eine Philosophin sowie einen Germanisten. Sieben VertrauensdozentInnen der Stiftung begleiteten das Promotionskolleg. Als dezentrales Kolleg war es mit Schwerpunkt an der Universität Siegen, aber auch an den Universitäten Wien, Jena und Bielefeld angesiedelt.

Der Einrichtung des Kollegs war eine intensive Debatte innerhalb der Stiftung vorausgegangen. Diese kreiste zum einen um eine mögliche Bevorzugung von Kolleg-StipendiatInnen gegenüber individuell geförderten DoktorandInnen durch ein separates Förderprogramm und intensivere Betreuung. Ebenso intensiv wurde über das Thema des Kollegs diskutiert. Einigkeit bestand dagegen von Beginn an darin, dass das Thema gute Anschlussmöglichkeiten an die Arbeiten der Stiftung, insbesondere ihres Instituts für Gesellschaftsanalyse, bieten sollte. Außerdem sollte die Stiftung einen Bereich fördern, der im akademischen Mainstream randständig ist. Als Rainer Rilling 2007 die Idee entwickelte, die «varieties of capita-

lism» zum Gegenstand zu machen, war keinem der damals Beteiligten klar, welche Brisanz das Thema in den folgenden Jahren entwickeln würde.

Während der Begriff der «Demokratie» auch im akademischen Mainstream breit verankert war, galt das für den des «Kapitalismus» mit Ausnahme kleiner linker Zirkel längst nicht mehr. «Neoliberalismus» hieß der linke Kampfbegriff, während die politische Elite von Neuer sozialer Marktwirtschaft sprach. Das hat sich in den letzten Jahren fundamental gewandelt. Im Zuge der alles beherrschenden Krise ist auch die Debatte um Kapitalismus sowie um gesellschaftliche Alternativen wieder «hoffähig» geworden. Das Promotionskolleg hat sich mit den geförderten Promotionen zu Themen wie Postpolitik, Undenkbarkeit gesellschaftlicher Veränderungen, Gegenhegemonien und globalisierungskritische Gruppen, demokratische Utopien, Erdgaspolitik Boliviens zwischen Weltmarktabhängigkeit und emanzipatorischen Ansprüchen oder auch Umweltpolitik im Kapitalismus zu zentralen Themen des Spannungsverhältnisses von Demokratie und Kapitalismus zu Wort gemeldet.

Begleitet wurde das Kolleg durch ein eigenes Förderprogramm, das die beteiligten VertrauensdozentInnen ausrichteten. Dieses bestand aus einem Doktorandenseminar, auf dem die KollegiatInnen einmal pro Semester an der Universität Siegen den Stand ihrer Ar-



Die KollegiatInnen im Jahr 2009 in der Universität Siegen. Foto: Florian Dürr

beit vorstellten und diskutierten. Darüber gab es in jedem Semester an einer der beteiligten Universitäten eine größere Veranstaltung zu Aspekten des Kollegs mit externen ReferentInnen und DiskutandInnen. Auch erhielten die empirisch (mit Interviews, teilnehmender Beobachtung, Dokumentenanalyse) arbeitenden KollegiatInnen in einem Methodenseminar Unterstützung.

Im Rahmen des Kollegs organisierten die KollegiatInnen im Herbst 2010 in Düsseldorf eine nachwuchswissenschaftliche Tagung zum Thema «Perspektiven der Demokratie». Hier diskutierten KollegiatInnen mit anderen DoktorandInnen und WissenschaftlerInnen Fragen der Transformation von Demokratie und Kapitalismus, das Spannungsverhältnis zwischen beiden, aktuelle Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowie Fragen von Ökonomi-

sierung und Selbstermächtigung. Aus dieser Tagung ist eine Online-Publikation entstanden, die wie weitere Informationen zum Kolleg unter www.uni-siegen.de/phil/demokratie_und_kapitalismus abrufbar ist. Zum Abschluss des Kollegs organisierten KollegiatInnen und AntragstellerInnen im Wintersemester 2011/2012 eine Ringvorlesung an der Universität Siegen.

Das Kolleg ist nach einer Verlängerung am 30. September 2012 zu Ende gegangen. Drei Dissertationen sind inzwischen abgeschlossen, weitere stehen vor dem Abschluss. Dennoch ist eine insgesamt gemischte Bilanz zu ziehen. Wie ein noch unvollständiger Blick in die Bewertungen durch die KollegiatInnen zeigt, wurden wesentliche Erwartungen an das Kolleg: umfängliche Betreuung und Begleitung, intensive Auseinandersetzung mit dem Rahmenthema im Begleitprogramm, Vernetzung untereinander sowie mit den BetreuerInnen und der Stiftung, nicht im erhofften Maße erreicht. Lediglich das durch Alex Demirović angebotene Lektüreseminar erfüllte die Erwartungen an kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Rahmenthema. Allerdings erfüllten sich auch die Erwartungen der KollegiatInnen an sich selbst bzw. die anderen KollegiatInnen bezüglich Vernetzung und Initiative nicht oder nicht vollständig. Für mögliche künftige Promotionskollegs wäre einerseits eine thematische Schärfung nötig. So «schillernd» die Begriffe Kapitalismus und Demokratie sind, so unspezifisch sind sie auch. Damit erschweren sie eine intensive Kooperation und Vernetzung. Und es wäre sinnvoll, ein künftiges Kolleg an einem Ort anzusiedeln, an dem die KollegiatInnen auch anwesend sind, um den regelmäßigen Austausch untereinander sowie mit BetreuerInnen zu ermöglichen. Auch muss die Rosa-Luxemburg-Stiftung sicherstellen, dass eine An- bzw. Einbindung des Kollegs in ihre Arbeit möglich ist.

KATRIN SCHÄFGEN IST DIREKTORIN DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«HILFE IN NOTLAGEN»

ROSALUMNI VERNETZT UND UNTERSTÜTZT EHEMALIGE STIPENDIATINNEN

Der Verein ROSALumni – Ehemalige StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. (www.rosalumni.net) wurde im Oktober 2010 gegründet. Sarah Büsse ist Sozialarbeiterin in Berlin-Neukölln und im Vorstand des Vereins. Anja Lê lebt ebenfalls in Berlin. Sie ist Kunsthistorikerin und Solifondsbeauftragte von ROSALumni.

Der Verein ROSALumni existiert seit mittlerweile zwei Jahren – was sind seine Ziele?

Büsse: Der Verein soll vor allem den Austausch und die Vernetzung zwischen ehemaligen StipendiatInnen fördern. Er will außerdem ehemalige StipendiatInnen innerhalb und gegenüber der Rosa-Luxemburg-Stiftung vertreten und in Notlagen unterstützen.

Warum bist du im Verein aktiv geworden?

Büsse: In den Verein bin ich über FreundInnen gekommen, die ich bereits aus der Förderung kenne und mit denen ich gern Projekte umsetze. Eigentlich stehe ich Ehemaligenvereinen kritisch gegenüber. Sie verkörpern für mich ein elitäres Konzept, ich denke dabei immer an Seilschaften in den oberen Etagen der Gesellschaft. Hinzu kommt, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung, wie alle Studienstiftun-

gen, in der Mehrzahl immer noch deutsch sozialisierte Akademikerkinder fördert. Aus diesem Kreis kommen auch die Ehemaligen. Die Vernetzung ist für mich dennoch ein gutes Projekt, weil so die ehemaligen StipendiatInnen, die in den unterschiedlichsten linken bis linksradikalen Projekten aktiv sind, miteinander in Kontakt bleiben und sich gegenseitig unterstützen, austauschen und miteinander solidarisieren können. Außerdem bleiben die Infrastruktur und Kontakte zur Luxemburg-Stiftung erhalten. Das verschafft linken WissenschaftlerInnen und politisch aktiven Ehemaligen, die ja auch als MultiplikatorInnen agieren, eine Plattform, AnsprechpartnerInnen sowie finanzielle Unterstützung für gemeinsame Projekte.

Wie setzt der Verein seine Ziele um?

Büsse: Der Verein ist beispielsweise in die Organisation der Veranstaltun-



Anja Lê von ROSALumni

reihe «Kritische Perspektiven auf das Berufsfeld Wissenschaft» eingebunden. Es finden auch regelmäßig Treffen statt, zu denen ROSALumni alle Ehemaligen einlädt. Einmal im Jahr organisiert das Studienwerk in Zusammenarbeit mit ROSALumni ein Ehemaligen-treffen, auf dem auch unsere jährliche Mitgliederversammlung stattfindet. Das wichtigste Projekt des Vereins ist der neu eingerichtete Solidarfonds, aus dessen Mitteln bereits mehrere Darlehen vergeben wurden.

Wofür ist der Fonds gedacht?

Lê: Der Solidarfonds soll aktiven und ehemaligen StipendiatInnen helfen, akute finanzielle Notlagen zu überwinden, in die diese z. B. nach dem Ende des Studiums oder der Promotion geraten können. Dafür können maximal 500 Euro als Darlehen oder im Ausnahmefall auch als Zuwendung bewilligt werden. Die Rückzahlungsmodalitäten vereinbaren wir dann individuell.

Was müssen diejenigen tun, die einen Antrag stellen wollen?

Lê: Auf unserer Internetseite gibt es ein Formular, das bei der Antragstellung hilft und alle relevanten Informationen enthält. Dort legen die AntragstellerInnen ihre Notlage dar und geben die Höhe des benötigten Darlehens an. Alle Daten behandeln wir natürlich streng vertraulich.

Was ist deine Aufgabe als Solifondsbeauftragte?

Lê: Ich bereite den Antrag gemeinsam mit den AntragstellerInnen so vor, dass er vollständig ist und die Notlage nachvollziehbar wird. Außerdem fasse ich die wichtigsten Eckdaten noch einmal zusammen und gebe eine kurze Einschätzung ab, denn oft sind die eher formalen Anträge selbst wenig aussagekräftig. Das alles leite ich dann an den Vorstand von ROSALumni weiter, der auf der nächsten Sitzung einen Beschluss fasst. Bei Annahme des Antrags habe ich das Glück, dies den AntragstellerInnen mitteilen zu dürfen, und ich erstelle dann den Darlehensvertrag.

FRAGEN: CHRISTOPH LAMMERS

EVA DINGEL

INSEL DES AUSTAUSCHS

SOMMERSCHULE MIT AKTIVISTINNEN AUS ÄGYPTEN, TUNESIEN UND DER BRD

AktivistInnen aus Ägypten, Tunesien und Berlin nutzten die Sommerschule der Rosa-Luxemburg-Stiftung, um sich über ihre politische Arbeit auszutauschen und zu vernetzen.

Vom 24. bis 28. September hatte das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Sommerschule zum Thema «Politische Partizipation» eingeladen. Das bewusst partizipativ gestaltete Veranstaltungsformat hat sich als erfolgreich erwiesen: TeilnehmerInnen und Stiftung konnten wichtige und (hoffentlich) nachhaltige Kontakte herstellen. Neben den TeilnehmerInnen aus Ägypten und Tunesien konnten auch zwei Palästinenser sowie ein Libanese bei der Veranstaltung dabei sein. Die Arbeit der AktivistInnen reichte vom Einsatz für linke Themen in der tunesischen Verfassungsdebatte über die Vorbereitung des für März 2013 in Tunis geplanten Weltsozialforums, Gremienarbeit in der ägyptischen Linken, bis zur politischen Bildungsarbeit für Jugendliche in ländlichen Gegenden Ägyptens. Der Fokus der palästinensischen Teilnehmer lag auf der friedlichen Widerstandsarbeit gegen die israelische Besatzung. Aus Berlin nahmen StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Aktive aus antirassistischen und linken Initiativen, etwa von FeLS – Für eine linke Strömung, Boats4People oder Via Campesina teil.

Im zauberhaften Ambiente der Insel der Jugend im Treptower Park war eine Woche lang Zeit, sich in Plenums- und Kleingruppendiskussionen kennenzulernen, mehr über die politische Arbeit der Anderen zu erfahren, die brennendsten Fragen und Konflikte in den jeweiligen Gesellschaften zu debattieren und natürlich um persönliche Erlebnisse aus den jeweiligen politischen Kämpfen auszutauschen. Die Mehrheit der arabischen TeilnehmerInnen war während der Umbrüche der letzten zwei Jahre in ihren Ländern auf der Straße dabei. Ein Arzt und NGO-Aktivist etwa betreute während der Straßenkämpfe in Kairo Verletzte in improvisierten «Lazaretten», andere demonstrierten und übernachteten auf dem Tahrir-Platz oder gingen in Tunis für den Sturz des Ben-Ali-Regimes und im Anschluss daran für Presse- und Redefreiheit auf die Straße. Die TeilnehmerInnen auf deutscher Seite konnten unter anderem von ihrer

Arbeit in politischen Gremien, der Vorbereitung des Weltsozialforums, dem innovativen Fundraising oder dem rechtlichen Beistand für AktivistInnen berichten.

Auch Besuche bei Berliner Protestinitiativen standen auf dem Programm. Mehrere Ausflüge führten die Gäste etwa zum Zelt des Flüchtlingsstreiks am Heinrichplatz in Berlin-Kreuzberg und zur Mieterinitiative «Kotti & Co.» am Kottbusser Tor. In der Kneipe Südblock war schließlich Raum für Austausch und Diskussion mit einem breiteren Publikum. Die Gruppenatmosphäre war durchweg entspannt und herzlich, Kontakte wurden geknüpft – und Verabredungen für ein Wiedersehen beim Weltsozialforum 2013 sind bereits getroffen!

EVA DINGEL PROMOVIERT AN DER FU BERLIN ÜBER STRATEGIEN ISLAMISTISCHER PARTEIEN

Im Protestcamp der Geflüchteten am Berliner Heinrichplatz. Foto: Studienwerk



EVA VÖLPEL

IN 365 MINUTEN UM DIE WELT

STIFTUNG ERÖFFNET SALON MIT EINER LANGEN NACHT DER AUSLANDSBÜROS

Am 20. September eröffnete die Stiftung in Berlin ihren «Salon» – einen Raum für außergewöhnliche Veranstaltungen wie Lesungen, Filmabende und Luxemburg Lectures. Zur Premiere nahmen acht AuslandsbüroleiterInnen das Publikum mit auf eine Reise um den Globus. Sie boten bei «Lux Like Lange Nacht» prägnante und unterhaltsame Darstellungen eines aktuellen politischen Themas in ihrer Region. Zuvor hatte Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung, die BesucherInnen eingeladen, die Gelegen-

heit auch zum Gespräch in kleiner Runde zu ergreifen. Nachdem die Gäste, gestärkt durch einen kleinen Imbiss und Getränke an der Bar, in den gemütlichen Sesseln Platz genommen hatten, begann die Expedition – die wir hier auszugsweise dokumentieren. Die kompletten Redebeiträge sowie Verweise auf weitere Salon-Veranstaltungen finden sich online unter www.rosalux.de/event/46872.

EVA VÖLPEL IST REDAKTEURIN DER TAZ IN BERLIN UND MODERIERT DEN ERÖFFNUNGSABEND



ISRAEL NACH DEN SOZIALPROTESTEN

ANGELIKA TIMM, BÜRO TEL AVIV

Mitte 2012 sollte in Israel eine zweite Protestwelle gegen steigende Preise und zu hohe Mieten beginnen. Doch sie blieb aus. «Der Regierung ist es gelungen, den nationalen Konsens in hohem Maße wieder herzustellen durch die Beschwörung der Gefahr aus dem Iran», erklärte Angelika Timm. Auch habe es die Bewegung nicht geschafft, feste Strukturen zu entwickeln. Trotzdem sei Pessimismus fehl am Platz. Neue Initiativen übten in etlichen Städten Druck auf die Kommunalpolitik aus. «Viele junge Leute werden die Erfahrung, dass Hunderttausende skandieren, «das Volk will soziale Gerechtigkeit», nicht vergessen.» Timm ist sicher: «Die soziale Frage wird bei den Wahlen 2013 eine wichtige Rolle spielen.» Nur bei Einsatz für politischen Wandel und auch gegen Besatzungspolitik sowie hohe Militärausgaben könne es dabei größere Erfolge geben.

TIMBUKTU UND DIE ISLAMISTISCHEN KRIEGER

CLAUS-DIETER KÖNIG, BÜRO DAKAR

Die islamistischen Gruppen al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) und Ansar Dine kontrollieren den Norden Malis. «Man kann nicht behaupten, dass die Rebellion und islamistische Praktiken einer Justiz, die mit Amputationen vor sich geht, in der Bevölkerung Unterstützung haben», sagte Claus-Dieter König. Gleichwohl saßen die islamistischen Krieger fest im Sattel. Sie verfügten über Gelder aus Drogengeschäften, Erpressungen und Entführungen und pflegten gute Kontakte zur nordmalischen Elite. Trotzdem führe an politischen Verhandlungen mit den Eliten Nordmalis kein Weg vorbei. «Sie wollen keine Islamisierung ihres Staatsgebietes.» Vor einer militärischen Lösung warnte König: «Die zivilen Opfer wären groß, Mali würde gespalten und mit großer Wahrscheinlichkeit würde sich der Konflikt ausweiten auf Nigeria und den Niger.»

DAS MASSAKER VON MARIKANA

ARMIN OSMANOVIC, BÜRO JOHANNESBURG

«Die südafrikanische Gesellschaft fragt sich, wie konnte es dazu kommen?» Armin Osmanovic sprach über das Massaker der Polizei an streikenden Bergarbeitern in Marikana. Der wilde Streik für mehr Lohn habe die Frage nach der Situation der Gewerkschaften aufgeworfen. «Der Gewerkschaftsdachverband Cosatu, der eng mit der Regierungspartei ANC und der Kommunistischen Partei verbunden ist, hat zur Arbeitnehmerschaft den Draht verloren, die Gewerkschaften stehen für ein System der Bereicherung in die eigenen Taschen», so Osmanovic. Der ANC reagiere weitgehend hilflos: «In Südafrika muss man Anlauf nehmen zu einer zweiten Transformation.» Sie müsse die soziale Frage angehen. Schnelle Erfolge werde es aber nicht geben. (Seite 31)





PUNK, PROTESTE UND AGENTEN

TIINA FAHRNI, BÜRO MOSKAU

Die Leiterin des Moskauer Büros Tiina Fahrni betrat mit lila Strumpfmütze die Bühne – als Zeichen der Solidarität mit den verfolgten russischen Punkrockerinnen von Pussy Riot. Dann sprach sie über restriktive neue Gesetze, die in Russland die Arbeit für NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen einengen. «NGOs, die sich politisch betätigen und Gelder aus dem Ausland erhalten, müssen sich künftig kennzeichnen als «Organisation, die die Funktion eines ausländischen Agenten ausübt», erläuterte Fahrni. Einige NGOs wollten deshalb das Verfassungsgericht anrufen, andere kommerzielle Firmen gründen und ihre nicht-kommerzielle, politische Arbeit unter diesem Dach weiterführen. Große Verunsicherung herrsche auch darüber, dass der Tatbestand der Verleumdung nach kurzer Zeit erneut in das Strafgesetzbuch geschrieben worden sei – ein «Zensurgesetz», kommentierte Fahrni. Trotzdem gingen die Proteste weiter, unterstrich sie mit einer Auswahl aktueller Fotos aus Russland.

Fotos: Jannine Menger-Hamilton



OBAMA VS. ROMNEY - EINE RICHTUNGSENTSCHEIDUNG?

STEFANIE EHMSEN, BÜRO NEW YORK

Ist die US-Präsidentenwahl eine Richtungsentscheidung oder nicht? «Nein», so Stefanie Ehmsens erste klare Antwort. Denn die Strukturen ließen es nicht zu, in den USA politisch grundlegend andere Akzente zu setzen. Ein Beleg dafür sei etwa die Entscheidung des obersten Gerichtshofs von 2010, der es erlaubte, in unbegrenztem Maß Wahlkampfgeld an Parteien zu spenden. «Beide Parteien müssen um diese Gelder, um ähnliche Zirkel der Macht, konkurrieren.» Zudem verhindere das US-Mehrheitswahlrecht, dass sich eine weitere einflussreiche Partei etablieren könne. Allerdings differenzierte Ehmsen mit Blick auf den Rechtsruck der Republikaner, die latent rassistische Kampagne gegen Barack Obama und Wahlreformen in republikanisch regierten Staaten, die das Wählen für Arme und Schwarze erschweren, ihr Nein: «Wenn man von der Basis ausgeht, macht es doch einen Unterschied, ob man unter der einen oder anderen Regierung lebt.» (Seite 11)

PUTSCH IN PARAGUAY - WAR DA WAS?

KATHRIN BUHL UND GERHARD DILGER, BÜRO SAO PAOLO

«Es ist die bittere Wahrheit: Staatsstreich gehören in Lateinamerika nicht der Vergangenheit an», kommentierte Kathrin Buhl die Amtsenthebung des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo im Juni. Vor den Präsidentschaftswahlen im April 2013 habe die oppositionelle rechte Colorado-Partei verhindern wollen, dass Lugo den Regierungsapparat für den Wahlkampf nutzen könne. Rechte und GroßgrundbesitzerInnen wollten zudem die Überprüfung von Ländereien, die nicht rechtmäßig vergeben worden seien, stoppen, erklärte Buhl. Auch Konflikte zwischen GroßgrundbesitzerInnen und Lugo um die Zulassung von mehr Gensoja hätten eine Rolle gespielt. Das Vorrücken der Sojafront «ist die Hauptursache für Vertreibung der Kleinbauern, von denen 90.000 auf der Straße campieren», sagte Dilger. Die Hoffnung auf eine Fortsetzung des Projektes Lugo sei nicht groß, so Buhl. Dilger hob auf die internationale Dimension des Putsches ab: «Wir sehen ein geo- und sicherheitspolitisches Tauziehen in der Region zwischen den USA, Paraguay und den Linksregierungen.»

NEXT GENERATION - FÜHRUNGSWECHSEL IN PEKING

LUTZ POHLE, BÜRO PEKING

Die jüngsten Schlagzeilen aus China werfen die Frage auf, was in der politischen Führungsriege vor sich geht. «Plötzlich war der mögliche Nachfolger für das Amt des Staatspräsidenten und des Parteichefs, Xi Jinping, zwei Wochen lang einfach so verschwunden», sagte Lutz Pohle. Das Ereignis zeige, wie verunsichert die Führung der KP China über den weiteren Kurs des Landes kurz vor dem 18. Parteitag im November sei. Denn die Situation sei eine völlig andere als vor dem letzten Parteitag 2007. «Mittlerweile prägen die internationale Finanzkrise, der Rückgang der Exporte und die Zuspitzung sozialer Kämpfe und Umweltkonflikte die Lage», sagte Pohle. Noch sei unklar, wofür etwa die Absetzung des Parteichefs der Stadt Chongqing, Bo Xilai, stehe. Xilai habe eine Abkehr von den bisherigen Paradigmen des Landes, «der immer weiteren Öffnung Chinas und seiner Privatisierung», betrieben und die Korruption bekämpft, die im Zuge der Reformpolitik entstanden sei.



ERWIN HEIL

TEILEN STATT BESITZEN

EINE KONFERENZ IN MEXIKO DISKUTIERT DAS POTENZIAL FREIER SOFTWARE

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko intensiv mit freier Software und bietet Workshops und Fortbildungen an.

Anfang Oktober fand eine außergewöhnliche internationale Konferenz statt. VertreterInnen aus sozialen Bewegungen und politischen Organisationen trafen sich in Mexiko-Stadt mit SoftwareentwicklerInnen und HackivistInnen, um gemeinsame Projekte zu diskutieren. Fernziel ist laut Büroleiter Torge Löding ein transnationales Forum zu freier Software. Welche Rolle kann ein digitales Werkzeug wie freie Software überhaupt spielen? «Software mit Copyleft-Lizenzen erlaubt die freie Distribution, Vervielfältigung und Modifikation der Software», erklärt Enrique Rosas von mayfirst Mexiko das Anliegen der Konferenz. Es geht um nicht profitorientierte Produktion, um unbeschränkten Zugang zu Information, um gemeinschaftliche Güter statt Privateigentum, um Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstermächtigung. Freie Software bietet die Möglichkeit «zur Demokratisierung der Internetnutzung und des Einsatzes von digitalen Anwendungen». Weil die EntwicklerInnen selbst die Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel besitzen und die «Baupläne» (Quellcodes) allen zur Verfügung stehen, sind andere Produktionsformen möglich. Das immaterielle Produkt kann unbegrenzt oft ohne hohen Aufwand oder Qualitätsverlust kostenlos vervielfältigt und an neue Bedürfnisse angepasst werden. So wird eine demokratische, nutzungsorientierte Verteilung ohne rechtliche oder finanzielle Schranken möglich. Das bietet Chancen, neue Formen solidarischen Wirtschaftens auszuprobieren und weiterzuentwickeln.

Im Gegensatz zu historischen Erfahrungen mit Technologietransfers schafft freie Software keine neuen postkolonialen Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse, sondern stellt im Gegenteil Ressourcen für Prozesse technologischer Aneignung zur Verfügung. So stellen

linke Providerkollektive unabhängige Kommunikationsdienste für soziale Akteure bereit (riseup.net, mayfirst.org, espora.org); aber auch in Bildungsprojekten und in der kommunalen Arbeit kommt freie Software zum Einsatz. Viele links regierte Länder Lateinamerikas wie Kuba, Venezuela, Ecuador oder Bolivien wenden sich von proprietärer Software ab und treiben die Migration zu freier Software voran. Gründe, auf freie Software zu setzen, gibt es viele. Pedro Lugo aus Venezuela ist blind und entwickelt Software für barrierefreie Kommunikation. Sein Kollektiv Un Mundo Accesible («Eine Welt ohne Schranken») informiert über technische Möglichkeiten zur Nutzung von Computer und Internet für Menschen mit Behinderung. Für Pedro Lugo ist freie Software notwendig, um Ungleichbehandlung zu beseitigen: «Es gibt viele proprietäre Softwareprogramme für Menschen mit Behinderung, aber sie sind teuer. Ein Screenreader zum Beispiel kostet Tausende von US-Dollar.» Für Alejandro und Francesco Cerezo von der Menschenrechtsorganisation Comité Cerezo steht die Kommunikationssicherheit im Vordergrund: «Menschenrechtsverteidiger brauchen eine unabhängige, sichere Kommunikationsstruktur, die nicht von staatlichen oder privaten Institutionen kontrolliert werden kann. Es geht dabei um nichts Geringeres als die Rettung von Menschenleben, denn Verteidiger von Menschenrechten sind in Mexiko oft von Verschleppung und Tod bedroht.»

ERWIN HEIL IST ONLINE-REDAKTEUR IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AUF DER WEBSEITE der Stiftung können eine Langfassung des Textes sowie Interviews mit Magda Brito de Toste, Direktorin des Joven Club in Kuba, und Alejandro und Francesco Cerezo abgerufen werden: www.rosalux.de/news/38844.

MALTE DANILJUK

NÜTZLICHE DEPESCHEN

SUCHE-TOOL FÜR WIKILEAKS ERLEICHTERT RECHERCHE ZUR US-AUSSENPOLITIK

Ziel des Projekts «Außenpolitische Strategien – Arbeiten mit Wikileaks» war es, anhand von 250.000 Depeschen der US-Botschaften Erkenntnisse über die Funktionsweise und die Strategien der US-Außenpolitik zu erlangen.

Auf der Konferenz «Netz für alle» in Berlin wurde das von der Stiftung geförderte Vorhaben im Panel «Counter-Mapping und Counter-Information» vorgestellt. Im Rahmen des Projektes wurde das Tool cables.lassdass.de entwickelt, mit dem die durch Wikileaks veröffentlichte Datei cables.csv im Volltext durchsucht, sowie die Verteilung der Nachrichten nach geografischen und inhaltlichen Kriterien quantitativ ausgewertet werden kann. Auf der Konferenz gab der Politikwissenschaftler Jan Ullrich einen Überblick über die mithilfe dieses Instruments erarbeiteten Ergebnisse. So nahm Nicole Jullian die Hilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit (BMZ) für das Entwicklungsprojekt PCIM («Plan zur integralen Konsolidierung der Region La Macarena») in Kolumbien unter die Lupe. KritikerInnen wie die entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Heike Hänsel, hatten Minister Dirk Niebel (FDP) vorgeworfen, mit Steuergeldern ein vor allem militärisch motiviertes Projekt zu unterstützen. Anhand der Depeschen konnte Nicole Jullian nachweisen, dass die Durchführung der militärischen Aspekte des Entwicklungsplans für die kolumbianische Regierung als auch für die US-Administration Vorrang haben.

«Soziale Maßnahmen kommen in der Region La Macarena nur unterstützend zum Einsatz.» Weiterhin zeigte Jullian in ihrer Arbeit, dass sich die Menschenrechtslage mit der Umsetzung des PCIM keineswegs verbessert hat. So kommt es nicht nur zu weiteren Ver-

treibungen von ZivilistInnen: In mindestens einem Fall wurde auch die gezielte Tötung eines hochrangigen Aufständischen durch die kolumbianischen Streitkräfte dokumentiert – eine Strategie, die unter dem Begriff «High Value Targets-Operations» offensichtlich auch durch die US-Administration unterstützt wird.

In ihrer Arbeit «Biokraftstoffe in Kolumbien und die Befriedung ländlicher Räume» widmeten sich Fabian Singelstein und Kristina Dietz, Mitarbeiterin am Projekt «Fair Fuels?» des Lateinamerika-Instituts (LAI) der FU Berlin, der Ausweitung des Palmölanbaus in der gleichen Region. Mithilfe des Materials konnten sie die US-Interessen und Praktiken der Einflussnahme unter einem regional-wirtschaftlichen Aspekt nachvollziehen. Sie arbeiteten die Drogen- und Aufstandsbekämpfung als zentrale Motive für eine Ausweitung des Palmölanbaus in Kolumbien heraus. In einer weiteren Arbeit zeigen Stefanie Kron, LAI-Mitarbeiterin des Projekts «Migration, Mobilitätskontrolle und Rebordering in Zentralamerika», und Gabriel Caballeros, dass die USA und die maßgeblich von ihr finanzierte Internationale Organisation für Migration (IOM) die wichtigsten Akteure

der «Securitization der Migration» sind. Sie vollziehen die Strategie der Vorverlagerung von Grenzen anhand einzelner in den Depeschen dokumentierter Ereignisse nach. Der Beitrag dokumentiert außerdem Versuche, unter dem Sicherheitsargument in die Gesetzgebungsverfahren mittelamerikanischer Staaten einzugreifen.

Dass US-Diplomatie nicht nur in Rechtssysteme «schwacher Staaten» eingreift, zeigt Andreas Schüller, Programmdirektor im European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), in seiner Untersuchung «Europäische Justiz als Dorn im Auge der US-Außenpolitik». Anhand dreier Strafverfahren gegen US-StaatsbürgerInnen zeigt der Autor, wie der Schutz einzelner US-BürgerInnen vor Strafverfahren im Ausland Vorrang vor dem Eintreten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit genießt. «Die Drahtberichte zeigen, dass verschiedene hochrangige Angehörige der amerikanischen und spanischen Regierung unangemessen und unrechtmäßig in den spanischen Prozessverlauf eingegriffen haben.» (Seite 4)

MALTE DANILJUK IST REDAKTEUR DES NACHRICHTENPORTALS AMERIKA21.DE UND KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLER

UTE BEUCK

DER NÄCHSTE ANGRIFF

SCHMÄHFILM EMPÖRT GROSSE TEILE DER ARABISCHEN GESELLSCHAFTEN

Für die demokratisch gewählten arabischen Regierungen waren die Proteste gegen einen antimuslimischen Film im Spätsommer ein Alarmzeichen. Sie können einer politischen Auseinandersetzung mit den Salafisten auf Dauer nicht ausweichen.

Zum 11. September kursierten im Netz Auszüge eines Billigstreifens aus den USA, in dem der islamische Prophet Mohammad verunglimpft wird. In den meisten arabischen Ländern kam es daraufhin zu Demonstrationen vor westlichen Einrichtungen und diplomatischen Vertretungen – etwa in Ägypten, Libyen sowie im Jemen und Sudan. Insgesamt blieben die Proteste eher klein und verebten nach wenigen Tagen. Allerdings: Der Großteil der DemonstrantInnen entstammte dem salafistischen Lager. Diese gewaltbereiten Gruppen sind seit dem arabischen Frühling stärker geworden und fallen jetzt auch politisch mehr ins Gewicht – wenn auch nur teilweise unterstützt durch Wahlerfolge. In Ägypten versuchten Präsident Mohamed Mursi und die Muslimbrüder einen Spagat: Mursi verurteilte die Gewalt, forderte aber zugleich die USA auf, etwas gegen den Film zu unternehmen. Die Botschaft: Die Muslimbrüder werden ihrer Regierungsverantwortung gerecht und überlassen den Salafisten nicht den Islam auf der Straße. In Libyen gingen als Sieger der Parlamentswahl im Juli liberale Kräfte hervor. Einige bewaffnete islamistische Gruppen lehnen den Übergang zur Parteipolitik aber noch immer ab. Sie sind klein, aber zahlreich. Auch in Libyen handelte es sich in erster Linie um spontane Proteste, zu denen einzelne Gruppen aufgerufen hatten. Die sorgfältig orchestrierte Aktion eines Netzwerks war es nicht. Der Anschlag auf die US-Einrichtung in Benghazi dürfte zudem eine lange geplante Aktion gewesen sein, die mit den Protesten gegen das Video nur zufällig zusammenfiel.

Gleichwohl reicht die Empörung über das Video weit in die arabischen Gesellschaften hinein. Es stärkt das tiefe Misstrauen gegenüber dem Westen und dessen Absichten. Dabei handelt es sich weniger um einen «Clash of Civilisations». Vielmehr geht es um einen

Zusammenstoß zwischen einer Welt, in der traditionelle Werte noch herrschende gesellschaftliche Grundlage sind, und einer Welt, in der die Werte einer individualistischen Gesellschaft dominieren.

Es sind nicht so sehr religiöse Werte, die den Kern des aktuellen Konflikts bilden. Der Film steht für viele Muslime in einer Reihe von Aktionen, die sie als Angriff auf ihre Gesellschaften werten. Es trifft daher auf Unverständnis, dass eine ausländische Regierung nichts unternimmt, um einen nach ihrem Dafürhalten so offensichtlichen Affront zu unterbinden. Das wird als Aufgabe einer Regierung gesehen und weniger als eine religiöse Frage verstanden. Diese Forderung wiederum kollidiert mit dem westlichen Demokratieverständnis, wonach der Film religiöse Gefühle berührt, damit unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit fällt – und nicht willkürlich von einer Regierung etwa verboten werden kann.

Die Reduzierung der Demonstrationen auf religiöse Identitäten fand sich vielerorts in den westlichen Medien wieder. So erschienen dutzende Zeitungen mit der Schlagzeile «Muslime stürmen...» und dann wahlweise einem Hinweis auf US-amerikanische, deutsche oder andere Botschaften. Eine Differenzierung der Gruppen – und sei es nur in sunnitisch und schiitisch – fand so gut wie nicht statt. Übersehen wurde auch oft, dass eine Vielzahl von Muslimen sich auf Websites, Blogs und in öffentlichen Erklärungen klar gegen die Gewalttaten aussprach und die absolute Mehrheit nicht an den gewalttätigen «Massendemonstrationen» beteiligt war. Ausgeblendet bleiben zudem globale, ökonomische und politische Ursachen in einer sich in Umbrüchen befindlichen Region. Etwas vereinfachend lassen sich die Ereignisse mit einem Statement aus einem Internetforum zusammenfassen: «Es ist die neueste Episode, in der sich westliche Islamophobie und arabische Salafisten gegenseitig eine Steilvorlage liefern.»

UTE BEUCK IST REGIONALREFERENTIN NAHER UND MITTLERER OSTEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«ERBE DER APARTHEID»

DENIS GOLDBERG ÜBER DAS MARIKANA-
MASSAKER UND STREIKS IN SÜDAFRIKA

Mitte August eröffnete die südafrikanische Polizei in Marikana das Feuer auf streikende Bergarbeiter, 34 von ihnen starben. Ein Gespräch mit Denis Goldberg, Anti-Apartheid-Kämpfer und Mitglied der Regierungspartei ANC (African National Congress) über Klassengegensätze in dem Land.

Wie fühlten Sie sich, als Sie vom Massaker in Marikana hörten?
Goldberg: Ich war sehr, sehr traurig. Wenn wir über Marikana sprechen, müssen wir zwei Dinge festhalten: Der Streik der Arbeiter für mehr Lohn und bessere Lebensbedingungen ist legitim. Dass aber Arbeiter auf Arbeiter schießen, ist eine Tragödie. Die getöteten Polizisten, Sicherheitskräfte und Gewerkschafter sind auch Arbeiter, sie sind auch schlecht bezahlt, haben auch Familie. Meiner Meinung nach sind die Polizisten in Marikana in Panik geraten.

Neben dem Platinbergbau wird auch die Gold-, Kohle- und Chromförderung bestreikt, ebenso Transport und Verwaltung. Wie erklären Sie sich die Welle von Streiks?

Goldberg: Die Ursachen für den Streik in Marikana und anderswo gehen zurück auf die Geschichte des Kolonialismus und der Apartheid. Die Apartheid war ein System billiger Arbeitskräfte, gestützt auf Rassentrennung. Gut ausgebildete Arbeitnehmer waren weiß, sie erhielten höhere Löhne. Die schlecht ausgebildeten Arbeitnehmer waren schwarz. Von der Apartheid haben wir eine getrennte Arbeiterschaft geerbt, der Unterschied ist bis heute extrem.

Heute kritisieren viele in Südafrika, die Generation Mandela, zu der Sie gehören, habe zu viele Zugeständnissen an das weiße Apartheidregime gemacht.

Goldberg: Im Übergang 1994 konnten wir nicht einfach unsere Bedingungen durchsetzen. Das alte Regime, vor allem die alte Bürokratie, war noch da. Sie war nicht immer loyal gegenüber der neuen Regierung. Marikana zeugt von diesem Erbe. Viele der Arbeiter kommen als Wanderarbeiter aus dem Ostkap. Sie brauchen das Geld, um es an ihre Familien zu senden. Deswegen kassieren sie lieber das Wohngeld als in Unterkünften der Minen zu leben. So können sie mehr Geld nach Hause schicken. Für sich selbst bauen sie Barracken und leben weiter wie in der Apartheidzeit.

Was sagen Sie denen, die den Lohnforderungen kritisch gegenüberstehen?

Goldberg: Wenn die Arbeitnehmer höhere Löhne erkämpfen, drohen Arbeitsplatzverluste, das stimmt. Doch wir müssen den tiefen Graben zwischen den niedrigen Lohngruppen und den Spitzenverdienern schließen. Wie kann Tokyo Sexwale, Wohnungsbauminister und Mitglied des ANC, als Investor und Manager tausendmal mehr verdienen als ein einfacher Arbeiter?

FRAGEN: ODILE JOLYS



Denis Goldberg
Foto: Armin Osmanovic

ARNDT HOPFMANN

WEG VON DER «HILFE»

KOLLOQUIUM ZU FRAGEN DER
ENTWICKLUNGSPOLITIK IN HANNOVER

Wie kann eine andere, zukunftsfähige und solidarische Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Diese Frage diskutierte Ende September ein entwicklungspolitisches Kolloquium in Hannover.

Bei der Veranstaltung von Brot für die Welt, des Vereins Entwicklungspolitik, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und weiterer PartnerInnen ging es einerseits um eine kritische Bestandsaufnahme. Sie sollte dazu dienen, «entwicklungspolitische Prüfsteine» für die Wahlprogramme der Parteien zu erarbeiten. Darüber hinaus erörterten die 30 TeilnehmerInnen die Frage, wie unsere Beziehungen zum globalen Süden überhaupt zukunftsfähig gestaltet werden könnten. Herausgekommen ist eine Kritik der herrschenden Zustände, die vor allem daran ansetzte, dass «Entwicklungspolitik» und «Entwicklungszusammenarbeit» regierungsoffizielle Politikfelder sind, über die die Bundesregierung den Interessen der Herrschenden – die allem voran die Interessen der deutschen Konzerne sind – international Geltung zu verschaffen sucht. Exemplarisch zeigt sich das an der Neuausrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter dem FDP-Politiker Dirk Niebel. Seit dessen Amtsantritt hat der Außenwirtschaftsaspekt in der Entwicklungszusammenarbeit überragende Bedeutung gewonnen. Am Beispiel der Kommunikation zwischen Belegschaften der Automobilkonzerne VW, Daimler und Mahle mit ihren BetriebskollegInnen aus Indien wurde deutlich, dass es längst nicht mehr um «Hilfe» geht – sondern um solidarische Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Erste Begegnungen hatte es bereits bei Betriebsbesichtigungen Anfang 2012 gegeben, vermittelt durch das Stiftungsbüro in Neu Delhi.

Eine zukunftsfähige Nord-Süd-Beziehung muss sich aus den Fängen von «Entwicklung» und «Hilfe» lösen, um zu einem gleichberechtigten Miteinander sozio-politischer Akteure zu gelangen. Es gilt, eine Form nachhaltiger Koexistenz zwischen Nord und Süd zu gestalten. Alle natürlichen Ressourcen, insbesondere Land, sind begrenzt, und alle menschliche Existenz basiert auf der Umwandlung von Naturstoff in Gebrauchswerte. Die Extraktion von Ressourcen aus der Natur und ihre Verwandlung in Lebensmittel im weitesten Sinne sind daher unverzichtbar. Gleichzeitig ist das bisherige Entwicklungsmodell, das auf der Ausplünderung von Rohstoffen im Süden und deren konsumistischer Verschwendung im Norden basiert, nicht geeignet, das Überleben, geschweige denn ein «gutes Leben für alle» zu sichern. Es ist daher einer veränderte Lebens- und vor allem Konsumweise nötig, die haushält mit dem Verfügbaren. Zugleich muss sie es denen, die heute (noch) über Rohstofflagerstätten und ungenutztes Land verfügen, ermöglichen, diese Ressourcen maßvoll in Wert zu setzen. Diese Überlegungen liegen freilich schon weiter im Zukünftigen als das, was realistischer Weise von Wahlprogrammen der Parteien erwartet werden darf.

ARNDT HOPFMANN IST REGIONALREFERENT AFRIKA IN DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Foto: Martin Beck

BLICK ZURÜCK Ein 20 Meter langes Panoramabild schmückt seit Ende September das Foyer des Bürogebäudes am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin. Es zeigt die Häuser der früheren Fruchtstraße im Frühjahr 1952. Das «Porträt einer Straßenzeile» ist Teil eines Kunstprojekts der Schriftstellerin Annett Gröschner und des Fotografen Arwed Messmer. Aus der Fruchtstraße wurde später die Straße der Pariser Kommune, aus dem angrenzenden Küstriner Platz der Franz-Mehring-Platz. Mehr unter www.rosalux.de/news/38730. Noch zu sehen bis 16. Dezember.

SALVADOR OBERHAUS

WIEDER DA

JENNY MARX GESELLSCHAFT RHEINLAND-PFALZ BAUT IHRE AKTIVITÄTEN AUS

Die Jenny-Marx-Gesellschaft für politische Bildung ist der Trägerverein der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Rheinland-Pfalz. Ihre Entwicklung in den vergangenen Jahren ist eine Erfolgsgeschichte. Das war nicht immer so.

Der Verein, benannt nach Karl Marx' Ehefrau Jenny von Westphalen, wurde 1998 als PDS-naher Bildungsträger gegründet und gehört seit 2002 dem Stiftungsverbund an. Seither entwickelte er eine kontinuierliche landesweite politische Bildungstätigkeit. Eine heute nur schwer nachvollziehbare Melange aus politischen Konflikten und persönlichen Animositäten im Umfeld des Vereins führte die Gesellschaft jedoch seit 2005 in eine tiefe Krise, die die weitere Bildungsarbeit de facto verunmöglichte. Personelle Umbrüche im Verein, die Einrichtung des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mainz und das gemeinsame Anliegen, eine linke politische Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz zu etablieren, ermöglichten in den Jahren 2008 und 2009 einen Neuanfang. Die Zahl der Veranstaltungen stieg von 48 im Jahre 2009 auf 80 im Jahre 2011. In diesem Jahr erreichen wir die Zahl von rund 100 Veranstaltungen und Projekten. Über die Hälfte dieser Veranstaltungen fand in den Großstädten Mainz, Trier und Ludwigshafen statt. Die Zahl der TeilnehmerInnen stieg in diesem Zeitraum von 1.600 auf 2.700, wobei wir besonders jüngere Menschen besser mit unseren Angeboten erreichen.

Ein Grund für den Erfolg liegt in der fortschreitenden Vernetzung der Landesstiftung mit anderen Trägern politischer Bildung vor allem aus den sozialen Bewegungen, linken Hochschulgruppen und

politischen Initiativen in Rheinland-Pfalz. Aber auch die aufgrund der strukturellen Voraussetzungen im Flächenland Rheinland-Pfalz schwierige Regionalisierung macht in den letzten eineinhalb Jahren erfreuliche Fortschritte. Auch abseits der größeren Ballungsräume wurden Jenny-Marx- und Rosa-Luxemburg-Clubs gegründet, deren Aktivitäten unser Veranstaltungsangebot sinnvoll ergänzen.

Die thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Kapitalismuskritik, Antifaschismus, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik, Geschichte und Geschichtspolitik, Gesellschaftstheorie und Kommunalpolitik. Zunehmend gelingt es, auch große Veranstaltungsformate erfolgreich zu realisieren, wie die internationale Konferenz zum Rechtspopulismus in Europa im November 2011 und die Kulturseminare beim Linken Liedersommer auf Burg Waldeck.

Die positive Entwicklung ist vor allem dem ehrenamtlichen Engagement im Vorstand und im unmittelbaren Umfeld der Landesstiftung zu verdanken. Doch auch die Anforderungen und Ansprüche an uns sind deutlich gewachsen. Um die Qualität der Bildungsarbeit für die Zukunft zu sichern, wäre nun eine umfassende kritische Evaluation unserer Veranstaltungstätigkeit insbesondere bei Planung und Durchführung geboten. Zudem gibt es organisationspolitische Herausforderungen zu bewältigen, um langfristig arbeits- und handlungsfähig zu bleiben. Wenn es gelingt, die Grundlagen der Arbeit weiter behutsam und einvernehmlich zu professionalisieren, wird noch lange mit der Jenny-Marx-Gesellschaft zu rechnen sein.

SALVADOR OBERHAUS LEITET DAS REGIONALBÜRO RHEINLAND-PFALZ DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MAINZ

Wegweiser
durch
eine Debatte



Peter Ullrich

**LINKE, NAHOSTKONFLIKT,
ANTISEMITISMUS**

Reihe Analysen der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

46 SEITEN, BROSCHUR, ISSN 2194-2951

BESTELLUNG: MALINGRIAUX@ROSALUX.DE,

TELEFON 030 44310-123

Die Broschüre
vollständig
im Netz:
[www.rosalux.de/
publication/
38659](http://www.rosalux.de/publication/38659)

SALVADOR OBERHAUS

BASISWISSEN ZUM NAHOSTKONFLIKT KOMMENTIERTE BIBLIOGRAFIE ERSCHIENEN

Nahostkonflikt und Antisemitismus sind immer wieder Anlass für emotionsgeladene Diskussionen besonders in der deutschen Linken. Peter Ullrich hat nun einen «Wegweiser» durch die Debatte vorgelegt.

Die Konfliktlinien im Nahen Osten erscheinen allzu gefestigt, was wiederum zu einfachen Antworten und generalisierenden Schlussfolgerungen verleiten kann. In der Realität stellt sich der Konflikt allerdings vielschichtiger und komplexer dar, als es die Diskussionen in der politischen Linken hierzulande bisweilen vermuten lassen.

Vor diesem Hintergrund ist der Nahostkonflikt auch ein wichtiges Thema für die politische Bildungsarbeit. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelte deshalb jüngst ein systematisches Bildungsangebot mit dem Ziel, Basiswissen und vertiefende Diskurse rund um den Konflikt im Nahen Osten zu vermitteln und zu ermöglichen. Hierzu wurden methodische und inhaltliche Zugänge erarbeitet, die eine sachlich fundierte und wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Annäherung und Auseinandersetzung mit fördern sollen. Das Angebot soll insbesondere der Komplexität des Konfliktszenarios sowie dem Pluralismus an Standpunkten im politischen und gesellschaftlichen Umfeld der Stiftung Rechnung tragen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet die neue Broschüre von Peter Ullrich: «Linke, Nahostkonflikt, Antisemitismus. Wegweiser durch eine Debatte. Eine kommentierte Bibliografie».

In den linken Diskursen über den Konflikt im Nahen Osten gerät häufig in Vergessenheit, dass vor allem in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche fundierte wissenschaftliche und politisch-essayistische Diskussionsbeiträge publiziert wurden, die differenziert und (selbst-)kritisch linke Theoriebildung zu den hier verhandelten Themenbereichen und ihren Entstehungs- sowie Wirkungskontext analysieren.

Mit seiner nun vorliegenden kommentierten Bibliografie will der durch einschlägige Studien bereits bekannte Soziologe Peter Ullrich einen Beitrag zur Versachlichung der Debatten leisten. Ullrich präsentiert eine Auswahl von Basistexten, die sowohl für die politische Bildungsarbeit als auch in akade-

mischen Diskursen relevant sind. Der auf Fortschreibung angelegte Band, der deutsche und internationale Literatur berücksichtigt, reflektiert den aktuellen Diskussions- und Forschungsstand, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Die sinnvoll nach historischen und politisch-geografischen Gesichtspunkten sowie nach Diskurskontexten und Debattenverläufen gegliederte Bibliografie rubriziert die vorgestellten Texte in fünf Kapitel. Die Schwerpunkte bilden das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Sozialismus zu Zionismus und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, der Umgang der DDR bzw. der SED mit Judentum, Israel und Nahostkonflikt, die Positionierungen und Diskussionen in der westdeutschen radikalen Linken besonders seit den 1970er Jahren sowie Diskurskontexte und Debatten rund um den Konflikt. Das einleitende Kapitel begründet die Fragestellung und den methodischen Ansatz und skizziert das Panorama, welches die präsentierte Literatur zueinander in Beziehung stellt.

Die leicht lesbare, konzentriert geschriebene und sicher urteilende Broschüre bietet Inhaltszusammenfassungen zu den vorgestellten Werken und nimmt eine Einordnung ihrer jeweiligen Bedeutung für die politischen und akademischen Diskurse vor. Auf diese Weise bietet Ullrich den LeserInnen Orientierung in einer schwer überschaubaren Auseinandersetzung und hilft ihnen, sich einen eigenen Standpunkt in der Debatte zu erarbeiten und abweichende Positionen nachzuvollziehen. Ausblicke auf weiterführende Forschungsperspektiven runden den Gebrauchswert der Broschüre ab, die sowohl für den Einstieg als auch die vertiefende Befassung mit der Thematik mit Gewinn gelesen werden kann.

**SALVADOR OBERHAUS LEITET DAS
REGIONALBÜRO RHEINLAND-PFALZ DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MAINZ**

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ÜBER GRUNDEINKOMMEN UND POLITISCHE STREIKS

DOWNLOAD UNTER WWW.ROSALUX.DE/PUBLIKATIONEN

REIHE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS UND LINKSSOZIALISMUS

Wolfgang Schröder

WILHELM LIEBKNECHT

SOLDAT DER REVOLUTION,
PARTEIFÜHRER, PARLAMENTARIER
Band XVIII der Reihe

480 S., GEBUNDEN, 34,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02289-1,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Wilhelm Liebknecht (1825–1900) zählt in der deutschen Geschichte zu den wenigen Lichtgestalten: ein 48er Revolutionär und Kriegsgegner; ein erdverbundener Journalist und Intellektueller, dessen »Volksfremdwörterbuch« 23 Auflagen erlebte und breitesten Schichten Bildung zugänglich machte. Neben August Bebel war Liebknecht Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, einer ihrer Führer und ein leidenschaftlicher Parlamentarier. 1889 stand er bei der Geburt der Sozialistischen Internationale Pate. Diese Arbeit setzt für die Rezeption von Leben und Werk Wilhelm Liebknechts neue Maßstäbe.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTS- ANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 3: «GRÜNER SOZIALISMUS»

SEPTEMBER 2012, 10 EURO (JAHRES-ABO 30 EURO,
ERMÄSSIGT 20 EURO), ISBN 978-3-89965-853-8,

VSA-VERLAG HAMBURG

Grüner Sozialismus als Strategie und Orientierung riskiert eine Selbstveränderung der Linken. Neben Einstiegsprojekten bedarf

die Transformation eines utopischen Horizonts, um der Entwendung in herrschaftliche Projekte entgegenzuwirken.

Mit Beiträgen von Mario Candeias, Katja Kipping und Bernd Riexinger, Gregory Albo, Patrick Bond, Sabine Leidig, Christoph Spehr, Andreas Exner, Alex Demirović, Elmar Altvater, Hilary Wainwright u. a.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Angelica Balabanoff

LENIN ODER:

DER ZWECK HEILIGT DIE MITTEL

Hrsg. von Jörn Schütrumpf

192 S., KLAPPENBROSCHUR,

22 EURO, ISBN 978-3-320-02288-4,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Angelica Balabanoff und Lenin verband ein spannungsvolles Verhältnis. Sie geriet mit ihm nicht zuletzt als Motor der sozialistischen Antikriegsbewegung Europas und als Organisatorin der Zimmerwalder Konferenzen gegen den Ersten Weltkrieg immer wieder aneinander: Sie wollte die Sozialistische Internationale, in deren Büro sie bis 1914 neben Rosa Luxemburg, August Bebel, Jean Jaures und Lenin mitgearbeitet hatte, erneuern, Lenin wollte die Internationale spalten. Angelica Balabanoff war unter anderem Leiterin der Kommunistischen Internationale. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands 1921 ließ die Tochter aus großbürgerlich-jüdischem Hause mit Lenin brechen.

Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution im Herbst 1956 war für sie der letzte Grund entfallen, weiter über Lenins Anteil am Entstehen des Stalinschen Massenmordregimes zu schweigen.

AUS DEM VSA-VERLAG HAMBURG

Ronald Blaschke, Adeline Otto,
Norbert Schepers (Hrsg.)

GRUNDEINKOMMEN

VON DER IDEE ZU EINER EUROPÄ-
ISCHEN POLITISCHEN BEWEGUNG
Mit einem Vorwort von Katja Kipping

IN KOOPERATION MIT DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG, 224 S., 16,80 EURO, BROSCHEUR,

ISBN 978-3-89965-543-8, VSA-VERLAG HAMBURG

Zusammenfassende Darstellung und politische Bewertung der Debatten über Grundversicherung und Grundeinkommen in Deutschland und Europa. «Letztlich geht es um nicht weniger als darum: Mit einem Grundeinkommen die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen – in Europa und weltweit.» (Aus dem Vorwort von Katja Kipping)

Maybritt Brehm, Christian Koch,
Werner Ruf, Peter Strutynski

ARMBEE IM EINSATZ

20 JAHRE AUSLANDSEINSÄTZE
DER BUNDESWEHR

EINE VERÖFFENTLICHUNG DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG, 256 S., BROSCHEUR, 16,80 EURO,

ISBN 978-3-89965-546-9, VSA-VERLAG HAMBURG

Seit mehr als 20 Jahren agiert die Bundeswehr als »Armee im Einsatz« in unterschiedlichen Interventionen. Was sind die Hintergründe, die Voraussetzungen und die Konsequenzen dieser Transformation aus einer Verteidigungs- zu einer Kriegsmarine?

Alexander Gallas, Jörg Nowak,
Florian Wilde (Hrsg.)

POLITISCHE STREIKS IM EUROPA DER KRISE

EINE VERÖFFENTLICHUNG DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG, 240 S., BROSCHEUR, 14,80 EURO,

ISBN 978-3-89965-532-2, VSA-VERLAG HAMBURG

Die Autoren erforschen Bedingungen und Auswirkungen von politischen Streiks. Mit ausführlichen Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien, zahlreichen Interviews mit GewerkschafterInnen aus europäischen Ländern sowie der Diskussion zu politischen Streiks in Deutschland.



«Es ist an der Zeit, dass die politischen Führungen in Griechenland und in Europa sich vom Antidogmatismus und dem kompromisslosen Humanismus Rosa Luxemburgs inspirieren lassen: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung, Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Solidarität ist die gemeinsame Wurzel von Freiheit und Gleichheit. Es ist Zeit für die Vision eines offenen, demokratischen, sozialen und umweltfreundlichen Europas.»

ALEXIS TSIPRAS